Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
33 (1919)

13 (16.1.1919)

urn:nbn:de:gbv:45:1-39281

Visual Library

Preis 10 Pfennig.

Republik

Norddeutsches Volksblatt. — Oldenburger Volksblatt.

Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland, Mitteilungsblatt der Arbeiter- und Soldatenräte.

Redaktion und Hauptexpedition: Peterstraße 76; Telephon Nr. 58. (Filiale Ulmenstraße 24).

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschl. Bringerlohn 1,70 Mk., bei Abholen von der Expedition 1,55 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich ∴ 5,10 Mk., monatlich 1,70 Mk. einschließlich des Bestellgeldes. ∴	Filialen: Oldenburg: Haarenstr. 33; Varel: Zigarrenhandlg. Wullenkord; Jever: Postkartenzentrale Neue Straße.; Nordenham: Wilh. Harms, Hansingstr. 10; Einswarden: M. Wersin; Brake: D. Seggermann; Delmenhorst: A. Jordan; Norderney: ∴ A. Karow; Leer: A. Meyer; Augustfehn: Frau Schulz. ∴	Bei den Inseraten wird die einspaltige Petitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 30 Pf. berechnet, für auswärtige Inserenten 40 Pf., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen ∴ ∴ werden tags vorher erbeten. Reklamezeile 1.00 Mk. ∴ ∴

33. Jahrgang. Rüstringen, Donnerstag, den 16. Januar 1919. Nr. 13.

Rede des Genossen Hug im Friedrichshof.

Der Flügelschlag einer neuen Zeit rauscht heute durch unsere Versammlungen. Der Geist der Freiheit ist ins-Land gekommen. Der Krieg, an dem der Imperialismus mit seiner Geld- und Ländergier, seinem Ausbeutungstrieb, schuld ist und der vom Monarchismus geführt wurde, hat als letzte Frucht die Revolution gebracht.

Der frühere Kanzler, Fürst Bülow, hat einmal in einer Polemik gegen unseren Genossen Bebel gesagt: leichtfertig werden wir keinen Krieg vom Zaune brechen, denn der Sieger sind schließlich Sie!

Das Wort ist eingetroffen. Die Folge des Krieges war die Revolution. Als Folge der Revolution haben wir die Wahlen zur Nationalversammlung. Unwahr ist die Behauptung, die Schuld am Zusammenbruch der Front sei die Revolution. Das ist nicht wahr. Schon mehrere Wochen vorher hatte Ludendorff bei der Reichsregierung den dringenden Antrag auf Friedensverhandlungen gestellt. Der Monarchismus war morsch durch und durch und das Volk war für die Revolution reif. Marx Wort bewahrheitete sich: Revolutionen werden nicht gemacht, sie brechen spontan hervor.

Heute können wir das Ergebnis der Revolution überschauen. Eine reaktionäre Macht ist nicht mehr zu fürchten. Die meisten, die aus dem Krieg zurückkehrten, werden nicht zum zweitenmal hinauswollen. Die Revolution hat uns das Wahlrecht für die Frauen und die Zwanzigjährigen gebracht. Sie hat ferner den Achtstundentag dekretiert, der später zum Gesetz erhoben werden wird. Hier ist ein großer sozialpolitischer Fortschritt erzielt worden. Arbeitskammern und Arbeitsämter werden folgen. Auch die Gesindeordnung ist verschwunden und damit die Rechtlosigkeit der Dienstboten. Jahrhunderte alte Ungerechtigkeiten wurden so durch die Revolution fortgeblasen. Aber ehe ein weiterer Ausbau der Errungenschaften folgen kann, ist ein Trümmerhaufen zu beseitigen. Handel und Wandel sind zerstört, die Verbindung mit dem Ausland ist unterbrochen. An Rohstoffen ist großer Mangel und was dgl. Dinge mehr sind.

Die kommende Nationalversammlung steht vor ernsten und schweren Aufgaben. Das Staatsgrundgesetz ist zu schaffen. Ueber die Frage der Volks- und Staatenkammern muß gesprochen werden. Ich persönlich hätte es lieber gesehen, wenn wir eine einheitliche deutsche Republik bekommen hätten. Aber nachdem bereits eine Anzahl Bundesstaaten mit Wahlen vorangegangen sind, ist dieses kaum zu hoffen. Auch die Festigung der Demokratie in der Verwaltung und die Umgestaltung der Volksbildung werden Aufgaben der Versammlung sein. Ebenso die Garantien der Freiheit in Wort und Schrift.

Eine schwere Aufgabe der Nationalversammlung wird es sein, den Frieden mit unseren Gegnern zu schließen. Hoffentlich wird dieser nicht so drückend sein als die Waffenstillstandsbedingungen. Der 19. Januar wird zeigen, daß hinter der jetzigen Regierung die Mehrheit des Volkes steht. Vorerst gilt es, Ruhe und Ordnung zu sichern. Das ist schon notwendig, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen.

Die Sozialdemokratie hat das Vertrauen des Volkes. Doch dieses Vertrauen wird zu erschüttern versucht. Das Vertrauen zur Regierung wird in erster Linie durch die bürgerlichen Parteien zu zerstören gesucht. Sie wollen die Wähler durch die Wandlung ihrer Namen und Programme täuschen. Früher waren sie entschieden gegen die Republik und das Frauenwahlrecht. Ebenso verfochten sie damals eine ganz andere Schutzpolitik. Heute haben sie sich vielfach angepaßt. Um Stimmenfang zu treiben. Mit dem Bolschewismus und der Sozialisierung suchen sie vor der Sozialdemokratie bange zu machen. Auch wir ziehen einen scharfen Trennungsstrich zwischen uns und jenen, die heute die Ordnung stören. Deren Methode ist imstande, unsere Zukunft noch mehr zu zerstören. Doch wollen wir trotzdem die Beweggründe, die die bürgerlichen Partei bei ihrer Hetze leiten, klar erkennen. Sie stehen eben auf dem Boden der kapitalistischen Republik. Früher schwenkten sie den roten Lappen allgemein, um das Volk vor der Sozialdemokratie zu schrecken, um vor Revolution und Republik graulich zu machen. Heute nehmen sie Bolschewismu und Spartakusleute dazu. Gewiß, auch wir machen einen entschiedenen Trennungsstrich nach links. Wir wenden uns gegen die Diskreditierung des Sozialismus, gegen die Gefahr einer Hungersnot, die durch einseitige Fanatiker heraufbeschworen werden kann. Gegen die Verhinderung des Aus- und Aufbaues der jungen Republik. Aber wir lassen auch nicht außer acht, wie willkommen das alles für unsere bürgerlichen Gegner ist. Leider ist eine Einigung mit den Unabhängigen nicht erfolgt.

Wir erachten es als unsere Aufgabe, in der Nationalversammlung unser Programm zu verwirklichen. Das kann nicht schematisch geschehen. Die nötigen Voraussetzungen müssen erfüllt sein. Das Wort Sozialisierung ist viel mißbraucht worden. Unsere demokratischen Gegner reden zwar auch davon, doch sie stehen auf dem Boden des Privatkapitals und das wird sie immer an einer Durchführung zugunsten der Massen hindern. Die verschiedenen Großbetriebe müssen wir zu verstaatlichen suchen, einmal um Geld für die Lasten zu gewinnen, die uns der Krieg gebracht hat, damit die Lasten nicht auf indirekte Steuern abgewälzt werden. Ferner müssen wir auch die Arbeiter und Angestellten besser stellen als bisher. Alle kapitalistisch gerichteten Kreise wollen die Verstaatlichung nicht. Und doch muß sie kommen aus demokratischen und wirtschaftlichen Interessen heraus. Falls das Volk nicht sozialdemokratisch wählt, wird es an steuerlichen Abgaben schwer belastet werden. Wir werden mit einer vernünftigen Sozialisierung beginnen und die Ergebnisse der Revolution sichern. Das ist unsere Aufgabe.

Zunächst kann das Versicherungswesen verstaatlicht werden. Der Versicherungsgedanke ist in den letzten Jahren sehr ausgeprägt worden. Die Versicherungsgesellschaften haben in den letzten Jahren 40 und 50 Prozent Dividende verteilt. Ohne viel Unkosten und Arbeit. Die Entschädigungen, die die Versicherten erhalten, stehen in keinem Verhältnis zu den geleisteten Beiträgen. Die Volksfürsorge der Gewerkschaften hat gezeigt, daß wir für dieses Geld viel Besseres leisten können als die kapitalistischen Gesellschaften. Diese haben auch sattsam versucht, das Unternehmen der Gewerkschaften zu hintertreiben.

Das Gleiche trifft auch auf die Kohlenförderung und den Kohlenhandel zu. Die Behauptung, die Sozialdemokraten wollten den kleinen Händler, den Mittelstand ausschalten, ist weiter nichts als eine Hetze gegen uns. Eher ist es umgekehrt richtig. Heute liefert keine der großen Zechen an die Kleinhändler persönlich Kohlen. Das Syndikat und allerlei Mittelspersonen nehmen diesem den Profit, betrügen ihn um seinen Gewinn. Die Trusts beherrschen den Markt und diktieren die Preise. Dieses Vorgehen hat dazu geführt, daß den Markt und diktieren die Preise. Das hat dazu geführt, daß schon lange vor dem Kriege die englische Kohle vom deutschen Markt verschwunden war. Gegenwärtig setzen die Zechenherren die Preise fest. Hier müssen wir zugreifen, um gesunde Verhältnisse zu schaffen. Den Schluckern der fetten Dividende muß der Staat das Handwerk legen. Zum Wohle des kleinen Händlers, zum Wohle des Verbrauchers. Also volle Zuwendung der Früchte der Arbeit, des Fortschritts der Produktion von Gütern dem arbeitenden Volke.

Sie wissen: Die Regierung steht hier heute vor großen Schwierigkeiten. Sie handelt ganz im Einverständnis mit der Kommission, in der doch Kautsky und Hilfferding sitzen und die durchweg aus einwandfreien Leuten besteht. Es handelt sich nicht allein darum, daß wir produzieren, wir müssen auch Rohmaterial haben und Rohmaterial kriegen wir vom Ausland nur, wenn wir fertige Waren dorthin liefern können. Das dürfen wir nicht vergessen. Mit dem vielgenannten Wort Sozialisierung soll man keinen Unfug treiben. Ich kann begreifen, daß heute ehrliche Männer nach der Sozialisierung schon vor der Nationalversammlung rufen, weil sie fürchten, daß eine eventuelle bürgerliche Mehrheit wieder alle Lasten auf die breiten Massen wälzt. Doch ich habe die Beruhigung, daß das deutsche Volk eine sozialistische Mehrheit wählen wird und selbst, wenn das nicht wäre, würde ein so starke sozialistische Minderheit im Parlament sitzen, die imstande wäre, diese Lasten von den Massen abzuwälzen.

Marx hat gesagt, daß eine neue Gesellschaft sich erst entwickeln kann, wenn die Lebensbedingungen der alten nicht mehr vorhanden sind. Doch die neue Gesellschaft wird immer noch die Eierschalen der alten an sich tragen.

Wichtig ist auch unsere Schulpolitik, die heute Anlaß zu scharfen Auseinandersetzungen gibt. Die Deutsch-Demokraten machen hierin den Zentrumsleuten weitgehende Konzessionen. Und dies, obwohl es im Grunde alte demokratische Forderungen der 30er Jahre sind. Die Weigerung des Bürgertums können wir verstehen. Besonders des verflossenen deutschen Bürgertums. Warum? Weil die Monarchie die Verbindung von Staat, Kirche und Schule für ihre Zwecke dringend brauchte. Ist doch die Religion ein Mittel, das Volk einzuschläfern. „Bet und arbeit’ ruft die Welt, bete kurz, denn Zeit ist Geld“ sagt Herwegh. Aus diesem Grunde wollen sie auch die Einheitsschule nicht, denn die Einheitsschule kann die verschiedenen heutigen Religionen, evangelisch, katholisch, jüdisch und was es alles noch gibt, nicht brauchen. Schiller hat gesagt, ich bekenne mich zu keiner der heutigen Religionen. Warum? Aus Religion! Das Wort hat einen tiefen Sinn. Unsere Gegner fürchten den Zusammenbruch der Religion, falls unser Programm verwirklicht wird. Eigentlich ein Armutszeugnis. Doch staatliche Zuwendungen bekommt die Religion auch in der Schweiz und in Amerika nicht. Auch die Sekten bekommen in Deutschland keine Zuwendungen. An Ehrlichkeit und Innerlichkeit kann die Religion nur gewinnen, wenn kein staatlicher Zwang mehr dahinter steckt. Von der Religion müssen wir Toleranz fordern, die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung darf nicht beeinträchtigt werden, denn die ist wichtig im Interesse der Menschheit. Ist sie doch ein Hebel aller Kultur. Also Religion ist Privatsache und wir bekämpfen die Kirche nur, wenn sie der wissenschaftlichen Forschung einen Kappzaum anlegen will, wenn sie eine Waffe zur sozialen Unterdrückung sein will. Die neue Schule wird mehr Geld kosten, als die heutige. Aber wir werden aus der Sozialisierung die Mittel dazu gewinnen.

Noch manche andere Forderung haben wir in unserm Programm, über die wir heute weniger zu reden brauchen.

Deutsch-Demokraten und Rechtsparteien Arm in Arm!

Noch vor wenigen Tagen erklärte Herr Tantzen-Heering, der Führer und Kandidat der Deutsch-Demokraten, feierlich, daß er eine Listenverbindung seiner Partei mit der der Rechtsparteien entschieden ablehne. Und nun haben sie es doch getan!

Uns nimmt dieses Gebaren nicht weiter wunder. Sind es doch letzten Endes die gleichen Interessen, die alle bürgerlichen Parteien einigen. Der bürgerliche Demokrat steht genau so wie der konservative Junker auf dem Boden des Privateigentums. Die möglichst intensive Ausbeutung der Lohnarbeiterschaft und der Angestellten ist trotz aller süßen Versprechungen nun einmal ihr Lebenselement.

Und wenn die vier bürgerlichen Parteien, die in unserm Wahlbezirk, und auch anderwärts, ihre Listen verbunden haben, in der National-Versammlung die Mehrheit erlangen, dann kann sich das deutsche Volk auf allerlei gefaßt machen.

So wie sie sich jetzt im Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie gefunden haben, werden sie sich auch im Parlament gegen sie finden.

Gerade die Deutsch-demokratische Partei wird eine Verstaatlichung der großen Betriebe zu verhindern suchen. Sie wird lieber die Gelder, die wir brauchen werden, aus den Taschen der Minderbemittelten holen.

Ja, wenn sie es könnte, würde sie auch im Bunde mit den Rechtsparteien die Fürsten wiederholen. Denn ihr heutiges Geschimpfe auf die gestürzten Kronenträger ist ja nur Geflunker. Genau so wie die Konservativen haben die braven Fortschrittler vor dem Kriege für die Erhöhung der Zivilliste des Königs von Preußen um einige Millionen jährlich gestimmt. Also lassen wir uns keinen Sand in die Augen streuen! All das anpassende Gehabe ist nur Heuchelei.

Wähler und Wählerinnen! Wenn ihr nicht wollt, daß die alten, ewig zum Kriege drängenden Zustände wiederkehren, wenn ihr nicht wollt, daß in der Zeit der allgemeinen Teuerung auf eure mageren Taschen auch noch erhöhte Steuern gelegt werden, dann, Wähler, mußt ihr die Deutsch-Demokraten ebenso zum Tempel hinausjagen wie die mit ihnen verbündeten Rechtsparteien. Denn im Grunde ist ja alles eine reaktionäre Masse.

Darum seid diesmal durch die Erfahrung gewitzigt und wählt sozialdemokratisch. Wählt am 19. Januar die Liste

Vesper — Hug.

Landesbibliothek Oldenburg

Das werktätige Volk braucht vor unserm Programm nicht zu erschrecken. Der Freiheitshauch, der Flügelschlag der neuen Zeit wird unserer Zukunft leuchten. Unsere Organisation hat in langen Kämpfen sich bewährt. Wir haben im Laufe der Zeit ungezählte Hindernisse beseitigt. Was wir heute als Frucht der Revolution brechen konnten, das haben unsere alten Kämpfer in langen Jahren in schweren Kämpfen, in Leiden und Unterdrückungen geschaffen. Unser Programm hat uns in langen Kämpfen unter unerhörtesten Unterdrückungen zu Siegen geführt. Mit ihm hoffen wir auch in der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung zu siegen, damit die Republik und die Volksregierung gefestigt werden. Nun gehen Sie hin und werben Sie für unsere gemeinsame Sache. Ueberzeugen Sie die noch Schwankenden, sorgen Sie dafür, daß der Tag der Wahl ein Sieg des schaffenden deutschen Volkes, daß er vor allem ein solcher der deutschen Arbeiterschaft werde.

An das deutsche Volk!

Nach einer Woche schwerer Wirren kehrt in Berlin die Ordnung zurück. Den braven Truppen der Regierung ist es gelungen, aus eigener Kraft und durch Unterstützung der Bevölkerung den Aufstand niederzuwerfen, der alle freiheitlichen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte. Irregeleitete Fanatiker verbanden sich mit dunklen Elementen der Großstadt, um mit ihrer Hilfe und mit Hilfe von Fremden die Macht und Gewalt an sich zu reißen, die ihnen das Volk, der allein rechtmäßige Auftraggeber jeder Regierung, aus freiem Willen niemals übertragen wird. An dem Widerstand des Volkes, ganz besonders auch der Arbeiterklasse, die in erdrückender Mehrheit die begangenen Ausschreitungen verurteilt, scheiterte das frevelhafte Unternehmen. Die Regierung ist sich der Zustimmung und Hilfe des Volkes gewiß. Wenn sie entschlossen ist, eine Wiederholung solcher Greuel mit allen Mitteln zu verhindern, nachdem in ihren Anfängen die politische Werbung zu wüstem verbrecherischen Treiben ausartete, könnte es für die Urheber neuer Attentate auf die Sicherheit des Lebens und neuer willkürlicher Angriffe auf das Eigentum und neue Störung unserer freiheitlichen republikanischen Ordnung keine Schonung mehr geben.

Am 19. Januar tritt das deutsche Volk an die Wahlurne, um sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Das Volk der deutschen Republik ist der Träger der Staatssouveränität. Wer in seine freie Willensbetätigung gewaltsam eingreift, begeht ein schweres Staatsverbrechen, und muß auf strengste Bestrafung gefaßt sein. Die Nationalversammlung, die am Sonntag nach dem freiesten Wahlrecht der Welt gewählt werden wird, soll die Verfassung des deutschen Volkes bestimmen und die Regierung nach ihren Wünschen zusammensetzen und über den abzuschließenden Frieden Beschluß fassen. Die Regierung bereitet den Entwurf einer Verfassung vor, der das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes vor allem gegen revolutionäre oder terroristische Bestrebungen schützt. Sie ist bemüht, einen Frieden zu erreichen, der die Freiheit des deutschen Volkes auch nach außen sicherstellt und die Gründung eines Völkerbundes zum sicheren Schutze gegen neue Kriegsgefahr ermöglicht.

Die Feststellung der nationalen Besitzverhältnisse im Osten kann nur die Aufgabe der Friedenskonferenz sein. Gegen den polnischen Annektionismus bedarf unser Land des Schutzes, den ihm das Volk nicht versagen wird. Nicht minder gilt es, unsere Grenzen gegen die neue russische Militärdespotie zu schützen, die uns mit kriegerischer Gewalt ihre eigenen anarchischen Zustände aufzwingen und einen neuen Weltkrieg entfesseln will, dessen Schauplatz unser Land sein würde. Der Bolschewismus ist der Tod des Friedens, der Tod der Freiheit und der Tod des Sozialismus, der nur in der aufbauenden Arbeit sein Werk, die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln wirtschaftlicher Ausbeutung vollenden kann. Dieser Sozialismus will das Wirtschaftsleben nicht erdrosseln, sondern neu erwecken. Die Rückkehr zu geordneter Arbeit ist dafür die erste Voraussetzung.

Die gegenwärtige Regierung besteht aus Vertretern der Arbeiterklasse und aus Sozialdemokraten. Sie kann nur handeln nach ihren eigenen politischen Grundsätzen, deren Anwendung nach ihrer Ueberzeugung wohl dem ganzen Volke dient. Ueber ihr steht niemand als das Volk selbst, das in freier Entscheidung ihr Programm verwerfen oder billigen kann. In der Treue zu unserem Volke und in der Treue zu unserer Ueberzeugung werden wir unser früheres Amt weiterführen oder von ihm willig zurücktreten, je nachdem die Entscheidung des Volkes ausfällt und bleiben wird. Uns bleibt die Gewißheit, daß die Sache, zu der mit uns Millionen zeitlebens in Not und Gefahr gestanden haben, die Sache der Demokratie und des Sozialismus nach blutiger Verwirrung schließlich doch zum Siege gelangt, und daß dieser Sieg ein neues Kapitel der Weltgeschichte eröffnen wird zum Heile unseres Volkes und der ganzen Menschheit.

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.

Die Absicht des Berliner Spartakusputsches.

Die Spartakus benachbarten Unabhängigen suchen es jetzt so darzustellen, als sei gegen harmlose Demonstranten, die nur in ihrer Empörung etwas zu weit gegangen waren, von der Regierung mit den schärfsten Mitteln vorgegangen worden. In Wahrheit handelt es sich um einen sorgfältig vorbereiteten Versuch zum gewaltsamen Sturz der Regierung. In den Händen der Regierung ist ein Aufruf an die Arbeiter und Soldaten, in dem die Regierung Ebert-Scheidemann für abgesetzt erklärt und mitgeteilt wird, daß der unterzeichnete Revolutionsausschuß vorläufig die Geschäfte übernommen hat. Die Erklärung ist handschriftlich unterzeichnet von Karl Liebknecht und Scholze, einem der sogenannten revolutionären Obleute der Großbetriebe Berlins. Für den dritten Teilnehmer der neuen Regierung, des „Revolutionsausschusses", nämlich Ledebour, hatte, weil er bei Ausstellung des Schriftstückes im Augenblick nicht zugegen war, Liebknecht die handschriftliche Unterzeichnung vollzogen, wie vermerkt ist, im ausdrücklichen Auftrage Ledebours. Die Regierungsübernahme durch Liebknecht, Ledebour und Scholze ist datiert aus dem Marstall und vom 6. Januar. Es liegt wirklich nicht am Willen von Ledebour-Liebknecht und ihren Freunden, daß dieses Plänchen nicht zur Verwirklichung kam. Das Dokument hat folgenden Wortlaut:

„Kameraden! Arbeiter! Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuß, der Vertretung der sozialistischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige sozialdemokratische Partei und kommunistische Partei) hierdurch für abgesetzt erklärt.

Unterzeichneter Revolutionsausschuß hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen. Kameraden! Arbeiter! Schließt Euch den Maßnahmen des Revolutionsausschusses an."

Berlin, 6. Januar 1919.

Der Revolutionsausschuß:

i. V.: Ledebour, Liebknecht, Scholze. J. A.: Scholze, Liebknecht; für den abwesenden Ledebour: Liebknecht.

*

Aus Berlin wird noch gemeldet: Nach eingehenden Feststellungen und Nachfragen ist ermittelt worden, daß sich die Gesamtzahl der Opfer der Straßenkämpfe in der vergangenen Woche auf ungefähr 100 beläuft. Auch bei den Großkämpfen um den Vorwärts und das Polizeigebäude ist die Zahl der Opfer viel geringer, als zuerst gemeldet wurde. Bei dem Sturm auf den Vorwärts kamen 11 Personen ums Leben, bei der Erstürmung des Polizeipräsidiums nur 4.

Die Hoch- und Untergrundbahn hat gestern ihren Betrieb eingestellt, weil die Angestellten in einen Streik eingetreten sind.

Aus Berlin erfahren wir noch folgendes: Gestern stattgehabte Kämpfe im Zeitungsviertel und in der Nähe des Anhalter Bahnhofes dauerten bis in die späte Nacht hinein. Heller Mondschein begünstigte die Versuche der Regierungstruppen, die Spartakusnester auszuheben. Die Entwaffnung der Spartakusleute schreitet, durch kleinere Zwischenfälle unterbrochen, rüstig vorwärts. Radek, der für einige Tage wieder aufgetaucht war, soll sich nicht mehr in Berlin befinden. Von Liebknecht und Eichhorn ist noch keine Spur gefunden worden, jedoch erwartet man, bald Anhaltspunkte über ihren Verbleib ermitteln zu können.

Sieg der Mehrheitspartei in Chemnitz.

In Chemnitz fanden vorgestern die Stadtratswahlen statt. Ihr Ergebnis ist, daß unsere Genossen die absolute Mehrheit erlangten. Es entfielen an Stimmen auf die Sozialdemokratie 75 415 (34 Sitze), den bürgerlichen Wahlverein 26 705 (12 Sitze), die Deutsch-Demokraten 18 238 (8 Sitze), die Unabhängigen 7 294 (3 Sitze) und auf die Privatangestellten 7 288 (3 Sitze).

Die Chemnitzer Volksstimme schreibt zu dem Ergebnis: Am schlechtesten haben von allen Parteien die Unabhängigen abgeschnitten. Sie haben es an Versuchen nicht fehlen lassen, Stimmen zu angeln. Sie haben ihre höchst kompromittierliche Ehe mit den Spartakisten bei der Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen nicht gelöst, sondern haben seelenruhig eine Menge von Kandidaten auf ihre Liste genommen, die mit begeisterten Worten jederzeit seelenruhig zu dem Verbrechen aufforderten, die Wahlen zur Nationalversammlung mit Waffengewalt zu verhindern.

Es hat alles nichts geholfen. Sie haben nicht einmal soviel Mandate bekommen, wie sie hätten bekommen müssen, wenn sie ihre verhältnismäßige Stärke bei den Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat festgehalten hätten. Um ganze 6 Stimmen sind sie der Liste der Privatangestellten „vorausgeeilt", zwei Monate gewissenloser Hetzarbeit sind umsonst gewesen.

Kämpfe in Bremen.

Am Montag war es im Bremer Soldatenrat zu heftigen Debatten gekommen. Innerhalb der neuen unabhängig-kommunistischen Behörde konnte man sich über den einzunehmenden mehr oder weniger radikalen Standpunkt nicht recht einigen. Ursprünglich hatte die Garnison, vertreten durch ihre Vertrauensleute, mit aller Entschiedenheit darauf bestanden, daß sie allein die Waffen in der Hand haben wollte. Aber durch unausgesetzte Einwirkung durch verschiedene zu den Kommunisten stehende Mitglieder des A.- und S.-Rates, unter denen der Stadtkommandant Ecks eines der treibenden Elemente war, wurden den radikalen Arbeitern allmählich so viele Waffen in die Hände geliefert, daß sie damit völlig die Oberhand bekamen und nicht nur die Mehrheitssozialisten mattsetzten, sondern auch den Soldatenrat in die schwächere Position brachten.

Wie wir heute der Weser-Zeitung entnehmen, ist es nun gestern in Bremen zu Kämpfen gekommen, die auch Opfer forderten. Der Bremer Soldatenrat gibt über die Vorgänge folgende Darstellung: Durch die Bewaffnung der Arbeiter, besonders von nicht zuverlässigen Leuten, trat eine ständige wachsende Bedrohung des Soldatenrats von der äußersten Linken her ein. Montag abend ist im Arbeiter- und Soldatenrat die Bedrohung offen ausgesprochen worden, die gesamte Garnison zu entwaffnen und die Arbeiter der Aktiengesellschaft Weser zu bewaffnen. Hiergegen wurden gestern in der Garnison Maßregeln ergriffen. Die gesamte Garnison mit Einschluß des Soldatenrats forderte die Herausgabe aller Waffen, die in Händen von Zivilpersonen sind und die Unterbringung der Waffen in Depots oder in der Kaserne. Die zweite ungestüm erhobene Forderung betraf die Absetzung und Verhaftung Ecks und seiner Zwischenträger.

Um 4 Uhr nachmittags wurden die Weserbrücken besetzt, die Rathauswache entwaffnet und mit Posten aus der Kaserne besetzt. Ein Kommando von 80 Mann wurde zur Aktiengesellschaft Weser beordert, um die Herausgabe der Waffen zu verlangen. Ehe man in Verhandlungen eintreten konnte, wurde von den Arbeitern mit Maschinengewehren, deren eines sich auf dem Turm des Verwaltungsgebäudes befand, geschossen. Das Militärkommando, das ursprünglich nicht die Absicht hatte, zu schießen, wurde bald umringt und entwaffnet und den Soldaten die Gewehre abgenommen. Bei der Schießerei haben leider einige Leute ihr Leben lassen müssen, mehrere Soldaten und Arbeiter wurden verwundet. Auch nach den Hansa-Lloyd-Werken wurde ein Trupp Soldaten geschickt, um die Herausgabe der Waffen zu fordern. Eine Abordnung der Arbeiter kam dem Militärkommando entgegen; nach kurzer Besprechung ging die Abordnung zur Kaserne und verlangte Aufklärung. Nachdem sie diese erhalten, kehrte sie zum Werke zurück. Die Arbeiter der Hansa-Lloyd-Werke beschlossen darauf, die Waffen abliefern zu wollen.

Als die ersten Opfer der gespannten Verhältnisse gefallen waren, trat der Rat der Volksbeauftragten mit Mitgliedern des Soldatenrats, einzelnen Vertrauensleuten und Abgeordneten der Arbeiter der Aktiengesellschaft Weser im Rathause zu einer Verhandlung zusammen, um den Streitfall so rasch als möglich beizulegen und die gemeinsame Basis wieder zu finden. Es wurde zunächst ein Waffenstillstand abgeschlossen und dann über folgende Punkte verhandelt:

Die Waffen sollen in Depots gebracht, von Arbeitern und Soldaten bewacht und unlautere Elemente ausgeschieden werden.

Der Soldatenrat betont, daß das gespannte Verhältnis durch unbedachte Aeußerungen des Stadtkommandanten Ecks herbeigeführt sei, daß der Vorgang keine gegenrevolutionäre Bedeutung habe, und daß der Soldatenrat die gegenwärtige Regierung des Rates der Volksbeauftragten anerkenne.

Es soll ein Abkommen herbeigeführt werden, das verhindert, daß der Soldatenrat willkürlich Mitglieder der Regierung verhaftet; außerdem verlangt die Regierung, daß konterrevolutionäre Elemente, wie z. B. die aktiven Unteroffiziere, aus der Garnison entfernt werden.

Die Weser-Zeitung erfährt noch, daß der Stadtkommandant Ecks abgesetzt worden ist und erklärt hat, sich aus dem politischen Leben zurückziehen zu wollen. Der Soldatenrat Meyer wird gleichfalls zurücktreten. Die Arbeiter der Weser-Werft befinden sich in Alarmbereitschaft. Die Anzahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht genau ermittelt. Die ersteren betragen einige wenige. Man spricht von 3 bis 5, Verwundete dürften es wohl 15 sein. Abends wurde folgende Bekanntmachung veröffentlicht:

Arbeiter, Soldaten, Brüder! Eine Kette unverständlicher Mißverständnisse und das unverantwortliche Handeln Einzelner hat in unserer Stadt zu Ereignissen geführt, die niemand mehr bedauert als der Rat der Volksbeauftragten. Es ist leider dabei Bruderblut geflossen; das erste seit dem Zusammenbruch der alten Herrschaft in Bremen. Keiner von den Freunden der Revolution wünscht eine Fortsetzung dieses Bruderkampfes. Die Mißverständnisse müssen aus der Welt geschafft, eine Einigung unter Brüdern muß erzielt werden. Wir laden daher alle Arbeiter und Soldaten der Republik Bremen zu Massenversammlungen um 1 Uhr mittags im Kasino, in den Zentralhallen und in der Union ein. Die Gegenrevolution wartet auf unsere Uneinigkeit. Wir aber lassen uns nicht entzweien. Erscheint in Massen Brüder im Soldatenrock und Brüder im Arbeitskleid. Alle Waffen bleiben zuhause. Es handelt sich um die Sicherung der sozialistischen Republik, es handelt sich um das Leben unserer Volksgenossen. Der Rat der Volksbeauftragten. Der Vollzugsrat. Der Arbeiterat. Der Soldatenrat.

In der vorletzten Nacht versuchten die Spartakisten die Franzerkaserne durch Gasbomben auszuräuchern. In den Abendstunden herrschte völlige Ruhe, bis um 12 Uhr nachts die ersten Schüsse krachten. Die Angreifer schossen von den umliegenden Häusern in den Kasernenhof hinab, wo die Mannschaften auf die Gefechtsposten eilten. Plötzlich kamen von den gegenüberliegenden Dächern Gasbomben geflogen, die auf dem Pflaster des Kasernenhofes explodierten und Gase ausströmten. Es waren sogen. Tränenbomben, die weniger auf die Lunge als auf die Augen wirken und es den Verteidigern unmöglich machen sollten, bei einem etwa nachfolgenden Sturm sich wehren zu können. Die Soldaten eilten in die Zimmer, stülpten sich Gasmasken über und nahmen dann die gegenüberliegenden Dächer unter schwerstes Feuer. Ueber eine Stunde knatterten die Maschinengewehre, bis die Spartakisten es vorzogen, ihre Position aufzugeben.

Auch sonst findet zwischen Regierungstruppen und Spartakusleuten noch vielfach eine Plänkelei statt. In Moabit weigerten sich verschiedene Spartakisten, die Waffen abzugeben, sodaß der Stadtteil von dem übrigen Berlin abgesperrt wurde.

Ein schweres Nachtgefecht lieferten Regierungstruppen und Spartakisten am Halleschen Tor. Die Spartakisten, die während des gestrigen Nachmittags in dieser Gegend geknallt hatten, tauchten gegen 12 Uhr nachts wieder auf Dächern der Halleschen Torgebäude auf. Diesmal handelte es sich um eine stärkere Bande, die lebhaftes Feuer gegen die Wachmannschaften eröffnete. Durch die Galerien der Häuser gedeckt, vermochten sie dem Feuer der Truppen fast zwei Stunden Widerstand zu leisten. Die Soldaten wählten sich ein neues sehr wirksames Mittel, um die Verbrecher aus ihren Schlupfwinkeln zu vertreiben. Vom Belle-Alliance-Platz und von der Gitschiner Straße aus wurden Leuchtraketen abgeschossen, die ihre Umgebung für etwa 25 Sekunden in hellstes Licht setzten. Tatsächlich gelang es durch dies Mittel, den Standplatz der Dachschützen zu ermitteln und sie dann so unter Feuer zu nehmen, daß sie bald verschwanden. Bei dem Nachtgefecht wurden zwei Soldaten verwundet.

Der Vormarsch der Polen.

Während den polnischen Truppen Bentschen wieder abgenommen wurde, ist es ihnen gelungen, in der Richtung auf Lissa und Bromberg Erfolge zu erzielen. Depeschen von gestern besagen:

Wie der Tägl. Rundschau aus Lissa gemeldet wird, stehen polnische Vorposten etwa sechs Kilometer vor Lissa. Streifpatrouillen nähern sich der Stadt bis auf zwei Kilometer. Wie verlautet, bringen die Polen gegen Lissa Geschütze in Stellung. Infolge der polnischen Gewaltherrschaft sind aus der Provinz Posen, soweit noch prüfbar, etwa 45 000 Deutsche geflohen. Zum erheblichen Teile befinden sich die geflüchteten Posener Deutschen in Berlin und Schlesien.

Polnisch Legionäre, verstärkt durch polnische Banden, sind heute nachmittag Bromberg auf vier Kilometer nahegerückt. Sie haben gegen 4 Uhr die erste Station hinter Bromberg auf der Strecke Bromberg—Hohensalza Rohrbruch eingenommen und stehen damit unmittelbar vor Bromberg. Südlich von Rohrbruch steht deutsche Artillerie und einige Verbände Infanterie. Es besteht die Gefahr, daß diese deutschen Heimatschutztruppen durch die Polen abgeschnitten werden.

Politische Rundschau.

Arbeiten der Regierung. Aus Berlin wird gemeldet: Der Zentralrat beriet in Anwesenheit des Vertreters des Kriegsministeriums die Vorlage über die vorläufige Regelung der Kommandogewalt, die Stellung der Soldatenräte im Friedensheer und vorläufige Bestimmungen über die Bekleidung im Heere in erster Lesung. — Nachdem der Aufstand in Berlin in der Hauptsache niedergeschlagen ist, bleibt für die Regierung hier und im Reiche noch viel zu tun. Neben der Entwaffnung, die sie jetzt mit aller Energie durchführt, wird sie ihr Augenmerk auf unser Verhältnis zu Polen richten und vor allem wird sie dafür sorgen, daß sich der Kredit überall wieder in geregelten Bahnen entwickeln kann, und daß besonders die so sehr notwendige Arbeit in den Kohlenbergwerken wieder in vollem Umfange aufgenommen wird.

Die zwanzigjährigen Wähler. Es herrscht vielfach die Auffassung vor, als ob alle Personen, die im Jahre 1919 das 20. Lebensjahr vollenden, zur Nationalversammlung wahlberechtigt sind. Diese Auffassung ist irrig. Wahlberechtigt sind nur alle Männer und Frauen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben. Wahlberechtigt ist also, wer am 19. Januar 1899 oder früher geboren ist.

Politische Notizen. Im Wahlkreis Bremen-Hamburg hat unsere Partei mit den Unabhängigen die Liste verbunden. — Nach einer amtlichen Mitteilung der Obersten Heeresleitung ist Riga nunmehr aufgegeben. Die letzte Milizformation hat nach kurzem Kampf mit bewaffneten Banden die Stadt verlassen. Auch Wilna ist von uns geräumt. Die Abtransporte aus der Ukraine haben sich gebessert. — Im Ruhrgebiet streiken nach einer gestrigen Meldung knapp 11 000 Mann. — Der Pariser Matin veröffentlicht Friedensbedingungen, die für Deutschland verhältnismäßig milde sein würden. Da die Geschichte sehr unverbindlich ist, gehen wir nicht näher auf sie ein. — Die Braunschweiger Regierung fordert in einer Einladung an die umliegenden Soldatenräte zur Errichtung einer mittelnorddeutschen Bundesrepublik auf. Sie will die Nationalversammlung vor eine vollendete Tatsache stellen. Ein Vorgehen, das wir entschieden mißbilligen. — In einer Sitzung des Bremer A.- und S.-Rat wurde der Antrag des Rates der Volksbeauftragten, keine Wahlen zur Nationalversammlung abzuhalten, mit 104 gegen 88 Stimmen abgelehnt. — In Erfurt haben Spartakusdemonstrationen stattgefunden. Sie besetzten den Anzeiger. — Der Rat des Verbandes ehemaliger Schutzhaftgefangener hat sich am Sonnabend den 11. Januar in Berlin konstituiert.

Aus Stadt und Land.

Rüstringen, 15. Januar.

Demonstrationen. An der gestrigen Demonstration sollen sich etwa zehntausend Personen beteiligt haben. Heute morgen sammelten sich vor der Werft einige hundert Beamte, die gleichfalls zu einer Demonstration antraten. Wie mitgeteilt wird, wollten sie zum Ausdruck bringen, daß sie sich mit den Handarbeitern solidarisch hinter die gegenwärtige Regierung stellen.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen bei dem Unterzeichneten ein: 10,80 Mark, gesammelt auf dem Tanzvergnügen am 12. Januar bei Kohners.

Nordenham. H. Harms.

Verantw. f. Politik, Feuilleton u. d. allgem. Teil: Josef Kliche, für oldenb.-ostfries. Angelegenh. u. Aus Stadt u. Land: Oskar Hünlich. Verlag: Paul Hug, Druck: Paul Hug u. Co., sämtl. in Rüstringen.

Bekanntmachung.

Denkschriften

zur Gründung einer staatlichen Fischdampferreederei in Wilhelmshaven-Rüstringen sind in der Presse-Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates, Zimmer 9, zum Preis von 50 Pf. erhältlich. [8994

Wilhelmshaven, den 14. Januar 1919.

Arbeiter- und Soldatenrat.
Presse-Abteilung.

Bekanntmachung.

In **Rüstringen** erfolgt die Auszahlung der Kriegsunterstützung

1. für die Buchstaben A—K Donnerstag, 16. d. M.,
2. für die Buchstaben L—Z Freitag, den 17. d. M.,

vormittags von $8\frac{1}{2}$ bis 1 Uhr bei der Stadtkämmerei-Hauptkasse im Rathause Bismarckstraße 158.

Die Zahlungsanweisungen sind an den gleichen Tagen vor Abhebung der Unterstützung, vormittags von 8 bis $12\frac{1}{2}$ Uhr, vom Kriegsfürsorgeamt, Rathaus Bismarckstraße 158, Zimmer Nr. 10, abzuholen, wo gleichzeitig durch eine Bescheinigung des zuständigen Truppenteils nachzuweisen ist, daß der Einberufene sich noch bei seinem Truppenteil befindet und aus Gründen, die mit der Demobilmachung ursächlich zusammenhängen, noch **nicht** entlassen werden kann; gegebenenfalls ist der Entlassungsschein oder Paß vorzulegen. Angehörige von Einberufenen, die gefallen sind bzw. vermißt werden, oder sich in Gefangenschaft befinden, haben das ebenfalls, sofern noch nicht geschehen, durch eine Bescheinigung des Truppenteils, des Zentralnachweisebureaus, durch Briefe oder auf andere Weise glaubhaft nachzuweisen. [9008

Rüstringen, den 14. Januar 1919.

Stadtmagistrat.

Bekanntmachung.

Die Gültigkeitsdauer des in den Verkehr gegebenen **Notgeldes** — 20- und 50-Markscheine — ist bis zum 1. April d. J. verlängert worden.

Rüstringen, den 13 Januar 1919.

Stadtmagistrat.
Dr. Lueken. [8953

Bekanntmachung.

Lebensmittel-Bestellung

Die Bestellabschnitte der am 15. d. M. ausgegebenen Karten sind bis [8955

Sonnabend den 18. Januar

wie folgt abzugeben:

1. **für Brot** bei den Brotbäckern und den Verkaufsstellen,
2. **für Krankenbrot** bei:
   Figule, Mitscherlichstraße
   Fresse, Gökerstraße
   Koch, Anton-Müller-Straße 1
   Redenius, Peterstraße 62
   Schröder, Schaarreihe 9
3. **für Zwieback** bei:
   Garlichs, Mellumstraße 9
   Hapemeier, Gökerstraße
   Janßen, Peterstraße 88
   Schipper, Peterstraße
4. **für Butter** bei
   den Kaufleuten, bzw. den Verkaufsstellen der Molkerei Neuende.
5. **für Zucker und Lebensmittel Nr. 1—24** bei den Kaufleuten.
   Die Lebensmittelkarten Nr. 1—4 und 9—12 können die Massenspeisebetriebe ganz oder teilweise von ihren Gästen fordern. Die Bestellabschnitte hierfür sind in solchen Fällen an die Massenspeisebetriebe (nicht an die Kaufleute) abzugeben.
6. **für Käse, Nr. 24, 25, 26, 27 und 28,** bei den Verkaufsstellen des Konsumvereins, des Werftwohlfahrt-Vereins, der Molkerei Neuende und den städtischen Verkaufsstellen Gökerstraße und Wilhelmshavener Straße.

Die Ausweiskarten sind bei Abgabe der Karten vorzulegen und von den Geschäftsleuten im Raum von 21 und 23 abzustempeln, nachdem sie sich von der Uebereinstimmung der Zahl der abgegebenen Karten mit der auf der Ausweiskarte verzeichneten überzeugt haben.

Es wird dringend im Interesse der raschen Abfertigung des Publikums gebeten, die Lebensmittelkarten rechtzeitig, d. i. bis 18. Januar abzustempeln.

Wer nicht rechtzeitig die Karten abstempeln läßt, hat für nachträgliche Abstempelung in der Kartenausgabe erhebliche Nachteile zu gewärtigen.

Die Geschäftsleute haben die gesammelten Bestellabschnitte zu 100 Stück geordnet in der Kartenkontrolle abzugeben und zwar:

Dienstag den 21. Januar 1919
A—K vormittags, L—Z nachmittags

Kriegsversorgungsamt Rüstringen.

Die amtliche Fürsorgestelle für Hinterbliebene im Kriege Gefallener

bei dem Magistrat Wilhelmshaven ist geöffnet Werktags von 9 bis 1 Uhr vormittags in Zimmer 1 des Rathauses.

Die Tätigkeit der Fürsorgestelle umfaßt die Vorbereitung aller Anträge betreffend die gesetzlichen und außerordentlichen Geldzuwendungen an die Witwen und Waisen und will diesen in jeder Beziehung helfend und beratend zur Seite stehen.

Wilhelmshaven, den 31. Oktober 1918.

Der Magistrat.
Täger. [5199

Fedderwarden.

Bekanntmachung.

Auf 80 der Lebensmittelkarte entfällt **Monatszucker** für Januar, auf 81 **Käse** für Nichtkuhhalter, (860 Pfd.) à Pfd. 60 Pf. Die Karten sind bis zum 15. Januar 1919 bei den Kaufleuten vorzulegen.

Der Gemeindevorstand
[illegible] [8981

Schortens.

Zucker-Verteilung.

Am Freitag den 17. d. M. kommt zur Verteilung $1\frac{1}{4}$ **Pfund Zucker.**

Lebensmittel-Kommission
Gerdes.
Arbeiterrat
Borgmann. [9001

Jever.

Betrifft Ausdrusch u. Ablieferung von Getreide und Hülsenfrüchten.

Laut Bekanntmachung des Direktoriums, Abteilung des Innern, vom 7. Januar 1919 ist der für den Ausdrusch und die Ablieferung der nach § 1 der Reichsgetreideordnung beschlagnahmten Früchte festgesetzte Termin (15. Januar 1919) bis zum 31. Januar 1919 verlängert.

Die Amtsvorstände sind ermächtigt, im Einzelfall eine Fristverlängerung bis zum 15. Februar 1919 zu gewähren. [8969

Jever, den 10. Januar 1919.

Amtsvorstand des Amtverbandes Jever.
gez. J. V. Starks

Arbeiter- und Soldatenrat.
gez. Ebert.

Varel.

Bekanntmachung.

Der Bahnübergang beim Bahnhof Zetel (Amtsverbands-Chaussee Zetel-Bockhorn) ist am Donnerstag, den 16. d. M., zwischen 12 und 5 Uhr nachmittags wegen Einbauens neuer Schienen für den Verkehr gesperrt. [8972

Varel, den 14. Januar 1919.

Amtsvorstand des Amtsverbandes Varel.
J. V.: Schumacher.

Arbeiter- und Soldatenrat.
Sonnenmoser.

Borgstede.

Bekanntmachung.

Gemeinderatssitzung am Freitag den 17. Jan. d. J.
nachm. $3\frac{1}{2}$ Uhr im **Torhegenhause, Borgstede.**

Tagesordnung:

1. Feststellung der Gemeinderechnungen 1917/18.
2. Landankauf von Kohring & Frerichs, Connforde (2. Lesung).
3. Landankauf von Fischbeck, Varel (2. Lesung).
4. Wahl eines Armenvaters für Dangastermoor.
5. Herstellung eines Genossenschaftsweges in Streckmoor.
6. Anstellung von Gemeindeschreibern.
7. Gesuch um Uebertragung von Gemeindefuhren.
8. Gesuch um Aufhebung eines Genossenschaftsweges in Grünenkamp.
9. Schulneubauten in Bordstede und Langendamm.
10. Schulneubau in Grünenkamp.
11. Gesuch um Verkauf eines Schulgrundstücks, belegen zu Dangastermoor.
12. Elektrizitätswerk.
13. Verschiedenes. [9005

Bekanntmachung.

Verkauf von Steckrüben

am 17. Januar, vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 1 bis 5 Uhr beim Gemeinde-Pflegeheim in Langendamm. 9003

Borgstede, den 15. Januar 1919.

Gemeindevorstand der Landgemeinde Varel. D. Wilken.
Arbeiterrat. Ahlers.

Bekanntmachung.

Kohlenabgabescheine Nr. 45 bis 90 Dangastermoor

werden im Gemeindebureau zum Bezuge von Briketts bei der Firma Prieß u. Suhren, Langendamm, abgegeben. 9004

Borgstede, den 15. Januar 1919.

Gemeindevorstand der Landgemeinde Varel. D. Wilken.
Arbeiterrat. Ahlers.

Nordenham.

Bekanntmachung.

Auf Nr. 99 der braunen Lebensmittelkarte wird in den Geschäften von Wessels, Brummer, Reents, Ansems, Fraas, Gruß, Stege, Konsumanstalt Schulstraße und Konsumanstalt Kabelwerke

Kunsthonig abgegeben.

Nordenham, 14. Januar 1919.

Stadtmagistrat.
J. A.: Harms. [8988

Donnerstag den 16. Januar kommen noch

rote Wurzeln

am Ladestrang zum Verkauf, à Zentner 4 Mark. Gutscheine sind im Rathaus, Zimmer 15, abzuholen.

Stadtmagistrat.
J. A.: Harms. [8989

Blexen.

Am Donnerstag, den 16. d. M., werden an der Bahn in Einswarden [8970

Steckrüben

per Zentner 2,50 Mark, verkauft. Die Rüben haben durch den Transport teilweise gelitten.

Einswarden, den 14. Januar 1919.

Gemeindevorstand Blexen.
F. E. Büline.

Anmeldescheine

sind wieder vorrätig in der Exped. der Republik.

Oeffentlicher Arbeitsnachweis

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Städtisch. Wohnungsnachweis Rüstringen.

Peterstr. 53. Amtsgebäude. Fernruf 8.
Geschäftszeit täglich 8—1 u. $3\frac{1}{2}$—7 Uhr
Sonnabend nachmittag geschlossen.

Fachabteilungen:

1. für das Holzgewerbe
   Vermittlungen abends 6 — $6\frac{1}{2}$ Uhr
2. für das Schneidergewerbe
   Vermittlungen abends $6\frac{1}{2}$ — 7 Uhr
3. für das Gastwirtsgewerbe
   Vermittlungen täglich, auch Sonn- und Festtags, vorm. von 11—12 Uhr.

Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 1 Knecht für Landwirtschaft, 1 Maschinenbauer, 2 Bauschlosser, 4 Klempner, 270 Schiffbauer, Schiffszimmerer oder Bootsbauer für die Werft (Lehrbrief muß vorgelegt werden), 1 Schlachter für Roßschlachterei, 9 Herrenschneider, 1 Damenschneider, 17 Schuhmacher, 7 Maurer, 2 Bauzimmerer, 7 Steinsetzer, 1 Glaser, 3 Ofensetzer, 1 Schornsteinfeger, 1 Geschäftsführer, 1 Heizer für Hochdruckdampfanlagen (gel. Schlosser), 1 Lagermeister, 1 Bote, 1 Laufbursche nach der Schulzeit, 1 Arbeitsbursche, 3 Telegrammbesteller mit Rad, 4 Musiker (Klavier, Geige), 1 Vorarbeiter f. Kanalisationsarbeiten, 5 Rottenarbeiter, 5 Montagearbeiter, 5 Bauarbeiter, 10 Erdarbeiter mit Schaufel, 5 Helfer für Postamt.

Stellen suchen: 2 Hoch- und 3 Tiefbautechniker, 10 Bureauangestellte, 13 Kaufleute, 2 Reisende, 1 Photograph, 5 Sattler, 6 Tischler, 9 Bäcker, 1 Konditor, 8 Schlachter, 2 Maler, 2 Buchdrucker, 4 Mechaniker, 1 Schleifer, 3 Schriftsetzer, 4 Maschinisten, 2 Heizer, 2 Büfettiere, 15 Berufskellner, 2 Köche, 1 Kriegsbeschädigter als Pförtner, Bote oder dergl.

Weibliche Abteilung.

Offene Stellen: 22 Alleinmädchen, 2 Haushälterinnen, 7 Köchinnen, 29 Morgenmädchen, 5 Nachmittagsmädchen, 8 Tagmädchen, 10 Hausmädchen für Gastwirtschaft, 7 Hausmädchen für Privat, 2 Stützen, 14 Reinmachefrauen, 5 Waschfrauen, 1 Büfettdame, 1 Verkäuferin für Putz (branchekundig), 2 Lehrmädchen für Verkauf, 2 erste Putzarbeiterinnen, 3 zweite Putzarbeiterinnen, 2 Lehrmädchen für Putz, 2 Friseusen, 5 perf. Schneiderinnen, 2 perf. Weißzeugnäherinnen, 5 Hausschneiderinnen, 1 perfekte Stenotypistin, 1 Laufmädchen für Apotheke.

Stellen suchen: 22 Verkäuferinnen, 27 Bureaugehilfinnen, 3 Lehrmädchen f. Schneiderei, Lehrmädchen als Plätterin, 1 Lehrmädchen als Friseuse.

Wohnungsnachweis.

Zu vermieten: 4 möblierte Einzelzimmer, 7 Wohnungen zu tauschen, 1 9räumige Wohnung, 1 Einfamilienhaus, 4 5räum. Wohnungen, 2 6räumige Wohnungen, 2 4räumige Wohnungen.

Gesucht werden: 240 2—6räumige Wohnungen, dringend möblierte Zimmer.

Lehrstellenvermittlung.

Der Arbeitsnachweis hat sich der Unterbringung der schulentlassenen Jugend in geeignete Lehrstellen, der männlichen sowohl wie der weiblichen, angenommen. Arbeitsnachweis und Schulen wirken hierbei zusammen. Etwa 30 Prozent der Ostern zur Entlassung kommenden Schüler haben noch keine Lehrstelle. Die Lehrherren werden gebeten, ihre freien bzw. ihre zum Frühling freiwerdenden Lehrstellen dem Arbeitsnachweis bald mitzuteilen. [9010

Vorläufige Anzeige!

Am Mittwoch den 22. d. M., nachmittags von 2 Uhr ab, kommt das

gesamte Wirtschafts-Inventar des Automaten-Restaurants Marktstraße 23

einschl. des großen Warenautomaten und des Orchestrions wegen gänzlicher Aufgabe des Betriebes zur Versteigerung.

Aukt. **Witte,** Marktstr. 63, 1 Tr.
9000

Siebethsburger Heim.

Störtebecker- und Edo-Wiemken-Strasse.
Mein mit Zentralheizung versehenes

Vereinszimmer

ist noch an einigen Wochentagen frei.
Paul Dutke.

Vom Herresdienst entlassen, bin ich jetzt persönlich wieder in meiner Zahn-Praxis tätig.
F. Thoms, Denstist.
Wilhelmshaven Marktstr. 36. [8912

Wein-, Sekt- u. Brunnenflaschen Lumpen, Tuchabfälle, Felle, jeder Art, Knochen, Papier,
usw. kauft zu den höchsten Preisen
Hädicke, Brunsstr. 2,
Querstraße zwischen Ulmen- u. Tonndeichstr. (früher Marktstraße 38). 4513

Kleiner Saal für Gesellschaften, Vereine p. p.
Finkenburg, Werftstraße.

Zu kaufen gesucht
1- oder 2-Familienhaus
mit etwas Land in der Nähe der Stadt Rüstringen. Zu erfr. 8966] Lerchenstr. 1 I.

Umtausch!
1 Paar Damenstiefel Gr. 36 gegen solche Gr. 41—42 Rüstringen Brunsstr. 6 recht. Aufg. r.

Schlittschuhe
werden in Hohl- u. Gradschliff scharf geschliffen.
Solinger Stahlwarenhaus
Marktstraße 40 [8872
Fernsprecher 242.

Verloren [8997
ein grauer, wildlederner Herrenhandschuh. Wiederbringer erhält Belohnung Emil Müller, Neuestr. 11.

Grauer Kinderschal
an der Marktstr. verloren. Wiederbringer erhält gute Strumpfwolle u. Eier. Abz. bei Sucher, Müllerstr. 42.

Abhanden gekommen deutscher Schäferhund
auf den Namen „Troll" hörend, mit Stachelhalsband versehen.
Vor Ankauf wird gewarnt. Abzugeben bei Photograph Müller, vormals Bastian, Marktstraße 38. [8991

In den Orten
Blexen, Einswarden und Phiesewarden
promte Lieferung sämtl.
Mode-Zeitungen Familien-Blätter Fach- u. and. Zeitschriften
Bestellung erbittet
Buchhandlung [8518
Rud. Wersin
Einswarden.

Laufbursche
nach der Schulzeit sucht per sofort [9001
Georg Buddenberg,
Buchhandlung
Rüstringen I, Peterstr. 86.

2 bis 3räumige Wohnung
zu mieten ges. v. Brautp. Gefl. Off. u. E. M. nach Tonndeichstr. 17 erb. 8977

Möbl. Wohn- und Schlafz.
für 2 anst. junge Mädchen gesucht. Off. u. L. A. an die Exp. d. Republik. 8974

Varel.
Als Lohnkellner
empfiehlt sich bei passender Gelegenheit [8987
Friedrich Dorhagen
Varel i. O.
Waisenhausstraße 4.

Zu kaufen gesucht
zwei T-Träger
14 bis 18 hoch. H. Blome
8975 Genossenschaftsstr. 43

Alle Pächter
von Cornelius Land versammeln sich am Freitag abd. 8 Uhr b. Cornelius.
9011] D. Einberufer.

Elisenlust
Gökerstraße.
Gemütliche Weinstube Gute Küche.
Es ladet freundlichst ein
Paul Pfeiffer.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität
Ortsgruppe Rüstringen-Wilhelmshav.
Donnerstag, 16. Januar, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
bei **Buddenberg,** Peterstr.
Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.
8926] **Der Vorstand.**

Verein ehemaliger 78er.
Donnerstag, 16. Januar, abends $8\frac{1}{2}$ Uhr:
Jahres-Versammlung
im Vereinslokal (Bünting, „Nordd. Hof")
Wichtige Tagesordnung!
U. a.:
Rechnungslegung.
Neuwahl des Vorstandes.
Pflicht aller Mitglieder ist es, zu dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen. [8992
Der Vorstand.

Nordenham
Sozialdemokr. Wahlverein
Donnerstag, 16. Januar, abends $7\frac{1}{2}$ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Kohners Lokal.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Erscheinen sämtl. Mitglieder dringend erforderlich. [8920
Der Vorstand.

Zu verkaufen
ca. 21 kg
Frühweißkohl-Samen
(Früher Erfurter)
und $1\frac{1}{2}$ kg
Rotkohlsamen
(Langendeiker).
Kriegswirtschaftsstelle des Kreises Tondern. [8981]

Kl. el. Motor
Drehstrom $\frac{1}{4}$ bis $\frac{3}{4}$ P. S. gesucht sofort. [898
P. Vincken, Varel, Bahnhofstraße 15.

Gebr. Gaslampen
zu kaufen gesucht. [90
Off. Siebethsburg Edo-Wiemken-Str. 1, ptr.

Landesbibliothek Oldenburg

Achtung!
Brauerei- u. Mühlenarbeiter

Donnerstag, den 16. Januar,
abends 7.30 Uhr:

Versammlung

bei **H. Krimmling**, Edelweiß.

8968] **Der Vorstand.**

Verein der Zigarrenladen-Inhaber
von Wilhelmshaven-Rüstringen.

Dem Verein ist ein großer Posten 8967
garantiert reiner holländ. Rauchtabak
Grob- und Feinschnitt, angeboten. Die Mitglieder werden gebeten, ihre Bestellungen sofort beim 1. Vorsitzenden A. Maßmann, woselbst auch Muster ausliegt, abzugeben. **Der Vorstand.**

Jever.
Sozialdemokratische Partei

Sonnabend den 18. Januar,
abends 7 Uhr, im Schützenhof zu Jever: 8999

Oeffentliche
Volks-Versammlung!

Thema: Ein letztes Wort zur Nationalversammlung.

Redner: Redakteur Hünlich.
Freie Aussprache. **Der Einberufer.**

Varel.
Sozialdemokrat. Wahlverein

Alle Genossinnen und Genossen, die sich zur [9006

alten Partei

weiter bekennen, wollen sich sofort im Partei-Büro, „Hof von Oldenburg", melden. Auch wollen sich alle diejenigen melden, die Wahlarbeit machen wollen.

Der Vorstand.

Nordenham.
Die Auszahlung der Familien-Unterstützung

findet statt am

Donnerstag, den 16. Januar 1919, von 9 bis 1 Uhr.

Durch einen Ausweis vom Truppenteil ist nachzuweisen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen, daß der Einberufene sich noch im Heeresdienste befindet. 8985

Nordenham, den 13. Januar 1919.
Stadtkämmerei.
Abjen.

Blexen.
Sozialdem. Wahlverein.

Am **Donnerstag, den 16. d. M.,** abends 7 Uhr, bei J. Maas: 8980

Mitglieder-Versammlung.

Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.
Der Bezirksleiter.

Aus dem Felde zurückgekehrt
Dr. med. Ernst Bendig
Rüstringen, Wilhelmshavener Str. 28.
Sprechstunden: 8½ bis 10 Uhr und 5½ bis 7 Uhr. Sonntags u. Mittwochnachmittag **keine** Sprechstunden.
Fernruf 399. [9007] Fernruf 399.

Tanzkränzchen
der ersten Reserve-G-Halbflottille

am **Donnerstag den 16. Januar** im Lokale **Kyffhäuser,** Bismarckstr. Anfang 6 Uhr. 8964

Damen werden herzl. eingeladen. **Der Festleiter.**

Gerkens Gasthof
(Deutsches Haus).

Täglich abends 6 Uhr:

Grosses Hippodrom

Vergnügungsreiten für Damen, Herren und Kinder.

Um zahlreichen Besuch bittet 8880
Ad. Weiß jr.

Bekanntmachung.

Zum kommenden Wahltage, Sonntag, 19. Januar, mache ich allen Einwohnern von Wilhelmshaven-Rüstringen und allen Militärpersonen zur Pflicht, ruhiges und besonnenes Wesen zu zeigen. Dieser erste und darum wichtigste Wahltag für die Nationalversammlung darf durch keinerlei Ausschreitungen gestört werden.

Deshalb weise ich darauf hin, daß die Veröffentlichungen über das Alkoholverbot gewissenhaft zu befolgen, und die Polizeistunden genau inne zu halten sind. Auch kann ich an diesem Tage zu Tanzvergnügen irgendwelcher Art keine Erlaubnis erteilen; bereits erteilte Erlaubnis zum 19. Januar wird hiermit aufgehoben. [8993

Wilhelmshaven, den 14. Januar 1919.
Arbeiter- und Soldatenrat.
Chef des Sicherheitswesens: gez. Dorn.

B. B.
Banter Bürgergarten.
Besitzer: Karl Dommeyer. Telephon 1187.

Täglich ab 4 Uhr:
Künstler-Konzert

Donnerstag, den 16. Januar
ab 8 Uhr abends: 8990

Grosses humorist. Konzert
verbunden mit Kappenfest

ausgeführt vom Musikkorps des 2, Seebat. unter persönl. Leitung des Obermusikmeisters Herrn R. Rothe.
Kappen gratis! ::: **Kappen gratis!**
Es ladet ergebenst ein **Karl Dommeyer.**

Die kleinen Anzeigen
haben infolge der Massenverbreitung der „Republik" stets
den größten Erfolg!

Schaufenster mit Scheibe, 220×205 groß, ferner eine **Haustür,** 95×200, zu verkaufen. **H. Blome,** Genossenschaftsstraße 43.

Fortzugshalber billig zu verk.: 1 Stck. Kostüm, grau, 1 Stck. blaues Kleid, weiße Kleider und Röcke, Tischtücher, weiße Jacken, Hosen usw. [8961
Bordum-Str. 11 II. Etg. l.

Soziald. Wahlverein Sande.

Am **Freitag den 17. Januar,** abends 7 Uhr:

Grosse öffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn Rohlfs, Sande.

Die Einwohner von Sande werden gebeten, zahlreich diese Versammlung zu besuchen. 8971
Der Vorstand.

Adler
Theater

Direktion Karl Arnold vom Tivoli-Theater Bremen.

Heute
und folgende Tage:
Die Rose von Stambul

Rauchen streng verboten. [8127

Kabarett
Kyffhäuser
Bismarckstr. 43.

Täglich Auftreten ◆ erster ◆ Kunst-Kräfte.

Solisten-Konzert.
9002

Theater
Burg Hohenzollern

Mittwoch, den 15. und Donnerstag, den 16. Januar
Letzte Aufführung:
Nachtfalter.

Freitag den 17. bis inkl. Sonntag den 19. Januar:
Auf vielseit. Verlangen!
Wo die Lerche singt.

Ab Montag, 20. Jan.:
Neu! **Hanneri** Neu!
Fortsetzung von Dreimädelhaus.

Vorverk. von 10 bis 1 u. von nachm. 5 Uhr an. Theaterfernspr. Nr. 27.

---

2 gute Anzüge zu verkaufen. 8963
Johann Cnnen, Sanderbusch, Schlackenweg 19.

Zu verkaufen 6 bis 10 Wochen alte Kaninchen. [8998
Schillerstr. 9 part.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Tochter, insbesond. Herrn Past. Harms für die trostreichen Worte am Grabe, sagen wir Allen unsern innigsten Dank. [8973
Hermann Speck u. Frau.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Rüstringen-Wilhelmshaven.

Achtung Bezirksführer und Vertrauensleute!

Heute Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 4.30 Uhr, findet im Versammlungslokal **Edelweiß,** Börsenstraße, eine

außerordentliche Sitzung

aller Bezirksführer und Vertrauensleute der Partei statt, welche einige **ganz dringende** Angelegenheiten zu erledigen hat. 8996

Es ist deshalb Pflicht aller in Frage kommenden Genossen und Genossinnen, zu dieser außerordentlich wichtigen Sitzung bestimmt und pünktlich zu erscheinen
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Rüstringen-Wilhelmshaven.

Zur Erledigung dringender Schreibarbeit werden für die Abendstunden bis zur Wahl **15 tüchtige Schreibkräfte** gegen Bezahlung gesucht. Meldungen Mittwochabend von 6 bis 7 Uhr im Parteisekretariat Peterstraße 76. [8995
Der Vorstand.

Verband der Brauerei- und Mühlen-Arbeiter
Zahlstelle Rüstringen-Wilhelmshaven.

Donnerstag den 16. Januar, abends 7.30 Uhr, bei Krimmling (Edelweiß), Ecke Börsen- und Schillerstraße: 8983

Außerordentliche Versammlung.

Sehr wichtige Tagesordnung. — Alle in den Brauerei- und Bierniederlagen, Selterwasserfabriken usw. beschäftigten Kollegen müssen unbedingt erscheinen. Auch Nichtorganisierte und außerhalb der Betriebe stehende sind eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Stadttheater
(früher Kriegswohlfahrtsspiele)
im Parkhaus.

Donnerstag, den 15. Januar 1919,
abends 8.15 Uhr:
Die Fledermaus.

Operette in drei Akten von Joh. Strauß.
Opernpreise. 8944

Vorverkauf in Lohses Buchhdlg., Roonstr., u. Niemeyers Zigarrengeschäft, Bismarckstraße.

Todes-Anzeige.
(Statt Ansage.)

Am 14. Januar, morgens 2½ Uhr, entschlief sanft und ruhig nach schwerer Krankheit unsere innigstgeliebte Tochter, mein herziges Schwesterchen

Elfriede.

Nur 1 Jahr und 2½ Monate war sie unsere Freude. 8962

In tiefer Trauer
Fr. Hübner und Frau
nebst Tochter.

Die Beerdigung findet am Freitag den 17. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Grenzstrasse 89, aus auf dem Friedhof in Aldenburg statt.

Todes-Anzeige.

Heute morgen 7½ Uhr verschied nach dreitägiger schwerer Krankheit unsere liebe Tochter

Erna

im Alter von 13½ Jahren. In tiefer Trauer zeigen dieses an 8965

Fr. Stukenbrock und Frau
nebst Kindern und Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittag 2½ Uhr vom Trauerhause, Kopperhörner Str. 21, aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die vielen Kranzspenden anläßlich des Hinscheidens unserer inniggeliebten Tochter [8978

Else

sprechen wir allen, insbesondere dem Personal des V. A. und der 8. Klasse der Schule Tonndeich, wie auch dem Herrn Pastor Rodiek für die trostreichen Worte am Grabe unsern innigsten Dank aus.

Familie Fritsch
nebst Angehörigen.

Oldenburgische Spar- & Leih-Bank

Volleingezahltes Aktienkapital Mk. 4 000 000,— Reserven Mk. 2 300 000
mit Filialen in Berne, Brake, Cloppenburg, Delmenhorst, Elsfleth, Jever, Lohne, Nordenham, Ovelgönne, Stollhamm, Varel, Westerstede und Wilhelmshaven.

Monats-Uebersicht per 1. Januar 1918.

Aktiva.	M ₰
Kassebestand	1 111 689 15
Kommunal-Darlehen und Hypotheken	4 192 902 08
Darlehen gegen Unterpfand	3 824 748 58
Darlehen gegen börsengängige Wertpapiere (fast ausschließlich mündelsichere Papiere)	17 910 854 26
Wechsel	80 941 328 88
Konto-Korrent-Debitoren	37 763 358 07
Wertpapiere (fast ausschließlich Reichs- und Staatsanleihen)	5 854 187 72
Verschiedene Debitoren	2 522 737 04
Bankgebäude	550 000 —
	154 601 800 73

Passiva.	M ₰
Aktien-Kapital	4 000 000 —
Reservefonds	2 300 000 —
Beamten-Pensions-Fonds	632 018 20
Einlagen (Davon stehen ca. 91 % auf ganz- und halbjährige Kündigung)	91 565 342 86
Scheck-Konto	13 432 960 35
Konto-Korrent-Kreditoren	36 209 152 72
Verschiedene Kreditoren	6 462 326 57
	154 601 800 73

Die Direktion.

Jaspers. Murken. [8986

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage zur Republik.

38. Jahrgang. Donnerstag, den 16. Januar 1919. Nr. 13.

Verstaatlichung.

Von Heinrich Cunow.

I.

In bestimmten engeren Parteikreisen herrscht zurzeit ein derartiger Eifer, die kapitalistische Produktion zu verstaatlichen oder, wie es heute meist heißt, zu „sozialisieren", daß man ohne Uebertreibung von einem Sozialisierungsfieber sprechen kann. Wurde noch vor zwei, drei Jahren die Forderung, die durch die Betriebs- und Kapitalkonzentration oder durch die fortschreitende Kartellierung zu Privatmonopolen gewordenen Industriezweige in den Staatsbetrieb zu übernehmen, als Staatsmonopolismus, Staatssozialismus, Staatskapitalismus usw. verspottet, so hat sich in den letzten Wochen ein geradezu beängstigender Monopolisierungseifer herausgebildet — ein Beweis dafür, wie schnell Stimmungen und Schlagworte zu wechseln vermögen. Die noch im August und September viel erörterte Frage: „Wie leiten wir die Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft über?" wird fast völlig beiseitegeschoben, das Uebergangswirtschaftsproblem als abgetan betrachtet und dafür die möglichst schnelle Ueberführung aller Großbetriebe, der industriellen wie der kommerziellen, in den Staatsbesitz verlangt, oft ohne jede Rücksichtnahme auf ihre Beschaffenheit und ihre Verflechtung mit dem wirtschaftlichen Gesamtgetriebe — und zwar wird unter der sogenannten „Sozialisierung" nicht eine schrittweise, allmähliche Inbesitznahme der Betriebe, eine Aufeinanderfolge organisatorisch-technischer Verwaltungsmaßnahmen verstanden, sondern angenommen, durch einfache Staatsdekrete oder Rechtsdeklarationen ließe sich kurzweg die kapitalistische Gesellschaftsformation in eine sozialistische umgestalten, das heißt nach Belieben ließe sich die wirtschaftliche Lebensfunktion der Gesellschaft ändern. Der alte Betriebsglaube der Kontorsmänner der französischen Revolution, der vermeinte, durch staatliche Gesetzgebungsakte das gesellschaftliche Leben in jede gewünschte Form pressen zu können, ist wieder in alter Glorie entstanden. Daß der Sozialismus eine höhere Form wirtschaftlicher Organisation, eine höhere Wirtschaftsordnung ist, die sich nur unter bestimmten entwicklungsgeschichtlich gegebenen Bedingungen durchzusetzen vermag, scheint fast vergessen zu sein.

In seiner Kritik des Gothaer Programmentwurfs erklärt Karl Marx, daß wenn die deutsche Arbeiterklasse jenen Programmsatz annehme, der, „statt die bestehende Gesellschaft als Grundlage des bestehenden Staates zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen" ansehe, sie dadurch nur beweise, daß „ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hautnah" säßen. Wie würde er in seiner satirischen Derbheit erst gespottet haben, wenn er hätte sehen müssen, wie heute nach mehr als vierzig Jahren weiterer Entwicklung von sogenannten Marxisten nicht nur der Staat als „ein selbständiges Wesen," sondern direkt als Grundlage der Gesellschaft betrachtet und deshalb die Staatsordnung nicht als bedingt durch die Gesellschaftsordnung, sondern schlankweg die Gesellschaftsordnung als bedingt durch die Staatsordnung aufgefaßt wird.

Trotz des einst so beliebten Hohnes über den Staatssozialismus habe ich stets die Ansicht vertreten, daß soweit der kapitalistische Betrieb monopolreif ist, er in den Staatsbetrieb überführt werden muß. Schon im ersten Kriegsjahr habe ich auf die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche Konzentration und Verschmelzungsbewegung hingewiesen und als Folge dieser Entwicklung wie der sich voraussichtlich nach Kriegsende herausstellenden Finanzlage die Notwendigkeit der Ueberführung bestimmter Industriezweige in den Staatsbetrieb betont, zum Schluß meiner 1916 geschriebenen Abhandlung über die Kartellmonopole* heißt es:

Die Frage lautet schon heute nicht mehr: „Sind Staatsmonopole erwünscht?" sondern: „Welche Industrie- oder Handelszweige eignen sich am besten zur Umwandlung in Reichsbetriebe, und wie wird je nach der Eigenart dieser Betriebe unter Berücksichtigung der gegebenen Finanzlage des Staates die Monopolisierung zum Nutzen der deutschen Volksmasse am besten durchgeführt?" Ganz zweifellos aber ist, daß sich zur Ueberführung in den Eigenbetrieb des Staates vor allem jene Industriezweige eignen, in denen die Kartellierung sowie die Betriebs- und Kapitalkonzentration am weitesten gediehen ist, und die anderseits am weitesten auf dem Wege der Monopolisierung der unentbehrlichen Lebensmittel oder der wichtigsten industriellen Roh- und Hilfsstoffe vorgeschritten sind.

Der Vorwurf, ein Gegner der Verstaatlichung kapitalistischer Großbetriebe zu sein, kann mich also am wenigsten treffen; aber wenn ich mir heute so manche Verstaatlichungspläne und ihre Begründung ansehe, wird mir schwindelig. Was soll nicht alles verstaatlicht werden? Nach mancher Ansicht sogar die über den kleinen Kramladen hinausreichenden Ladengeschäfte. Und wie wird diese Forderung begründet? Meist ohne jede Kenntnis der Betriebsverhältnisse und der Lebensbedingungen der zu verstaatlichenden Unternehmungsgruppen, ihrer Funktionen und ihres Zusammenhanges mit dem sozialwirtschaftlichen Gesamtmechanismus.

Wie wenig viele die Verstaatlichungsprobleme verstehen, zeigt schon das Denken in ganz falschen Vorstellungen und Bildern, der Gebrauch ganz falscher Begriffe und Bezeichnungen. Auch bei Marxisten. Da wird von einer Sozialisierung der Gesellschaft gesprochen. Ja, was heißt das? Doch wohl Vergesellschaftung der Gesellschaft. Und was ist darunter zu verstehen? Dann wieder heißt es: Nationalisierung der Großbetriebe. Ein Ausdruck, der aus England und Frankreich stammt, wo meist der Begriff der Nation mit dem des Staates, respektive der Staatsgemeinschaft identifiziert wird. Versteht man aber unter Nation eine Sprachgemeinschaft, eine durch bestimmte historische Schicksale oder Eigenschaften verbundene Kulturgemeinschaft, eine ethnisch-historische Charaktergemeinschaft oder wie sonst die Erklärungen lauten mögen, so ist das Wort Nationalisierung sinnlos, denn die Nation als solche hat gar keine Verwaltungs- und Regierungsorgane, die Betriebe übernehmen und leiten könnten. Die Organe, die das können, sind Staatsorgane. Ebenso unrichtig ist — wenigstens vom marxistischen Standpunkt aus — der Gebrauch des Wortes Sozialisierung. Marx unterscheidet zwei Arten der Sozialisierung. Die erste besteht in der Entwicklung des individuellen Kleinbetriebes zum gesellschaftlichen, das heißt kooperativen Betrieb, zur „gesellschaftlichen Produktion", wie sie sich schon in der kapitalistischen Gesellschaft vollzieht oder, wie Marx sich ausdrückt, in der „Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, daher des zwerghaften Eigentums vieler in das massenhafte Eigentum weniger"; die zweite besteht in dem Uebergang der Produktionsmittel in gesellschaftlichen Besitz, der aber mit ihrer Ueberführung in Staatseigentum durchaus nicht identisch ist. Die Vergesellschaftung folgt vielmehr erst später der Verstaatlichung. Zunächst werden die Produktionsmittel nach Marx-Engelsscher Auffassung Staatseigentum. Aber damit verliert der Staat mehr und mehr seine politischen Funktionen und seine Bedeutung. Er wird eine Verwaltungsorganisation. An die Stelle der früheren Regierungsfunktionen tritt die Leitung des Produktionsprozesses. Der politische Staat stirbt ab; er löst sich, wie man sagen kann, in die Gesellschaft auf, und damit wird nun auch das Staatseigentum, die Verstaatlichung zur Vergesellschaftung. Diese Art der Vergesellschaftung ist aber durchaus nicht gemeint, wenn heute von Sozialisierung gesprochen wird, sondern der Uebergang in Staatsbesitz. Wäre der Uebergang der Produktionsbetriebe in den Besitz von freien Wirtschaftsvereinigungen, Produktivassoziationen, Gewerkschaften usw. geplant, so könnte man im Marxschen Sinne von einer Sozialisierung sprechen; aber die Besitzergreifung der Betriebe durch den Staat ist Verstaatlichung, ihre Besitzergreifung durch die Gemeinde Kommunalisierung, nicht Sozialisierung.

Doch diese und andere Begriffsverwechselungen erscheinen als unbeträchtlich neben der Ignorierung der Marxschen Grundthese, daß „eine Gesellschaftsform nie untergeht, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist", und neue höhere Produktionsverhältnisse (das heißt sozialwirtschaftliche Beziehungen zwischen den Gesellschaftsmitgliedern) nie an die Stelle der alten treten, „bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind". Die Frage, inwieweit durch die bisherige Entwicklung bereits die Vorbedingungen für den Uebergang eines Industriezweigs oder einer Betriebskategorie in den Staatsbesitz „ausgebrütet" worden sind, wird meist gar nicht gestellt. Die Tatsache, daß die betreffenden Unternehmungen Großbetriebe sind und eine gewisse Betriebskonzentration stattgefunden hat, genügt, wenn nicht überhaupt diese Frage ganz beiseite geschoben und statt ihrer ethische Erwägungen, fiskalische Betrachtungen (zum Beispiel die Erwägung, aus welchen Betrieben der Staat wohl am meisten Einnahme herausziehen könnte) oder politische Rücksichten (zum Beispiel die Erwägung, wodurch der Einfluß bestimmter reaktionärer Schichten am besten gebrochen werden könnte) als ausschlaggebend in den Vordergrund gerückt werden.

Das Vorbild, das einzelnen bei ihren Verstaatlichungsplänen vorschwebt, ist, wie sich bei näherem Eingehen auf diese ergibt, das Verfahren der bolschewistischen Regierung. Gerade diese Spuren müssen aber jeden Wirtschaftspolitiker schrecken. Denn was durch jene Enteignungspolitik erreicht ist, ist nicht organische Ueberleitung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische, die Grundlegung und der Aufbau einer neuen Wirtschaftsorganisation, sondern lediglich die Zerrüttung des Kapitalismus — eine Störung seiner wirtschaftlichen Funktionen und damit zugleich die Heraufbeschwörung eines allgemeinen Notstandes und einer steigenden, grauenhaften Arbeitslosigkeit.

(Fortsetzung folgt.)

* Monopolfrage und Arbeiterklasse. Drei Abhandlungen von Heinrich Cunow, Otto Lue und Max Schippel. Herausgegeben von Wilhelm Jansson, Berlin 1917, Verlag der Buchhandlung Vorwärts.

Der Ruf nach proletarischer Einigung.

Die Parteizerreißung ist von der Masse der Arbeiter immer als schweres Unrecht empfunden worden. Es ist daher durchaus kein Wunder, daß der Ruf nach Einigung bei ihr immer lauten Widerhall findet. Besonders lebhaft begrüßt wurde er natürlich inmitten der jüngsten Kämpfe in Berlin, die zu einem so bedauerlichen Blutvergießen geführt haben.

Die Einigung des Proletariats ist geradezu eine sozialdemokratische Programmforderung. Aber um sie wirksam zu machen, muß man erst die Grundlage der Einigung kennen. Wir können uns nur mit denen einigen, die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen, d. h. den Sozialismus durch die Demokratie verwirklichen wollen. Wer die Gewaltherrschaft einer Minderheit und den Terror als Kampfmittel predigt, hat damit aufgehört, Sozialdemokrat zu sein. Er ist Kommunist, Anarchist oder Anarchosozialist, aber niemals Sozialdemokrat. Die Einigung mit ihnen ist genau so unmöglich, wie mit den Deutsch-Demokraten, die zwar unser demokratisches Programm annehmen, aber unser sozialistisches Programm ablehnen.

Vollziehen kann sich die Einigung nur in der Weise, daß in der neuen Organisation die Mehrheit entscheidet und die Minderheit sich fügt. In dem wieder vereinheitlichten Parteiverein wählt die Mehrheit den Vorstand und beteiligt die Minderheit, wenn sie gerecht und vernünftig ist, nach dem Maß ihrer Stärke. Irgendwelche vorherigen Bedingungen, daß dieser oder jener Mann nicht wieder gewählt werden dürfe, sind unmöglich; sie verstoßen gegen die Demokratie. Wer später Führer wird, das wird die Mehrheit schon entscheiden; sie wird dazu den Mann nehmen, der ihr höchstes Vertrauen genießt.

„Kompromittierte Führer" gibt es in der Sozialdemokratie nicht. Insbesondere Ebert und Scheidemann haben stets zur Einigung geraten und stets nur ausgeführt, was die Mehrheit der Parteigenossen selber beschlossen hat. Ihre Kriegspolitik, die darin bestand, nicht auf die Hilfe der Internationale zu warten, sondern selbst dafür einzutreten, daß wir unser Bestes tun, um das schwere Unglück der Niederlage vom Lande abzuwehren, hat sich als richtig erwiesen. Die Kriegspolitik der Unabhängigen war auf lauter Irrtümern und Illusionen aufgebaut. Aber wir wollen jetzt garnicht richten. Der Krieg ist vorbei, und die Kriegspolitik spielt im Augenblick praktisch keine Rolle, sie kann später historisch genau untersucht werden. Jetzt kommt es nur darauf an, daß die Arbeiterklasse sich einigt und dadurch die Errungenschaften der Revolution sichert. Dazu ist nur nötig, daß alle Sozialdemokraten sich auf den Boden der Demokratie stellen und den Willen der Mehrheit als entscheidend anerkennen. Wohin der geht, zeigen die Wahlresultate schon jetzt deutlich genug.

Aus Stadt und Land.

Rüstringen, 15. Januar.

Eine Sitzung des Magistrats und des Gesamtstadtrats soll am Freitag nachmittag 4 Uhr im Rathause Wilhelmshavener Straße stattfinden. Tagesordnung: 1. Einrichtung einer neuen Oberstadtsekretärstelle (2. Lesung), 2. Bewilligungen, 3. Verschiedene.

Feuilleton.

Die Kohlenzille.

Erzählung von Robert Grötzsch.

4) (Nachdruck verboten.)

Matthias hat die Brille abgenommen. Es ist ihm zumute wie einem Hahn, der beim Krähen hinterrücks an der Gurgel gepackt wird. Der Schreck hat ihm die Rede verschlagen. Er starrt auf die Karte, deren Bleistiftschrift mit groben Worten ins Weite schimpft und zum letzten Male anfragt, wie lang eine mittelgroße Kohlenzille sei. Donn rebet Matthias etwas von Schwierigkeit der Materie . . . . Mangel an positiven Unterlagen . . .

Herrn Habermanns Bart hebt sich um einige Grade gereizter. Pah, eine Kohlenzille! Die schwämme einem ja überall vor der Nase herum. Die Antwort müsse nunmehr prompt erfolgen. Der Briefkasten sei überhaupt besser zu pflegen — —. Und Herr Habermann geht mit dem Eindruck, daß auch der Sessel der Lokalredaktion nicht richtig besetzt ist.

Matthias denkt zunächst nicht mehr an Gehaltserhöhung. Der erhobene Zeigefinger ist wieder da, bleibt und mahnt schreckhaft. Es beunruhigte Matthias, daß zweimal in kurzer Zeit unfreundliche Leute unbemerkt in sein Zimmer getreten waren. Es konnte vorkommen, daß er vom Schreibtisch sah zur Seite schaute. Daß ihm war, als sei das schwarze Männchen wieder lautlos eingetreten oder daß in seinen Augengläsern ein Schein auftauchte, als stehe Herr Habermann wieder neben ihm und drehe eine neue Drohkarte zwischen seinen Fingern.

In diesen Tagen putzte Dr. Matthias seine Brille häufiger denn sonst.

— —

8.

Am Stromufer liegt ein Schleppdampfer. An seinem massigen Körper baumelt ein Schweif dunkler Zillen, die nicht zur Ruhe kommen können, weil Mond und Sterne um die Wette leuchten und der angeschwollene Strom die Zillenleiber neckend gegen die Ufermauern schaukelt. Ein verwitterter Brückenkoloß streckt sich auf sechs Pfeilern nach der anderen Stromseite hinüber, einem sagenhaften, langrückigen Urweltier gleich, dessen plumpe Beine sich nur in Wasser und Schlamm zu Hause fühlen.

Auf der Brückenmitte hält ein Mann. Das Laternenlicht fällt auf sein glattrasiertes Gesicht und die Schärfe seiner Brillengläser wird von feinem Staub gemildert, woran man Herrn Dr. Matthias erkennt. Der Brillenstaub stammt aus einem Saale, in dem eben eine ungarische Tänzerin die Beine schwiß. Darüber soll Matthias den Lesern des Generalanzeigers berichten. Ach ja!

Er schaut ins Wasser, das um die Brückenpfeiler rauscht, denkt an die Wirtschaftsweise der Inka und ob er die interessante Blütezeit einer versunkenen Kultur nicht doch zu einem Buch ausdehnen müsse.

Unten schaufeln die Räder eines verspäteten Konzertdampfers zwischen den Pfeilern hindurch. Die Lichter des Schiffes spiegeln sich goldig strahlend im Wasser, als ginge der schlanke Leib auf hundert goldenen Beinen. Ein Nachen gleitet am Seil hinterher. Er ist bis an den Rand mit Kohlen gefüllt; ihr glänzendes Schwarz flimmert im Scheine der hinteren Schiffslaterne. Es flimmert sogar durch den Staub der Brille, die über dem Geländer der Brücke hängt, springt aus den Gläsern wie ein Funken ins Auge, ins Hirn, in die Gedächtniszellen und löst dort einen Knall mit vielfachem Echo: Wie lang ist eine mittelgroße Kohlenzille? Heiße Schauder jagen hinter dem Echo drein, setzen Matthias' Beine in eifrige Bewegung, machen dem Manne klar, daß er in den letzten Tagen mehrfach zum Hafen gehen wollte, um eine mittelgroße Kohlenzille ausfindig zu machen. Aber die Inka hatten ihn immer wieder abgehalten. Morgen abend soll die Briefkastenecke wieder vor den Lesern liegen! Er sieht das begierige Gesicht des Herrn Sauerbrey — sieht den gereizten Bart des Herrn Habermann — kurz, Matthias schreitet mit Volldampf aus, er weiß: entweder du kannst morgen früh Herrn Sauerbreys Frage beantworten oder — — —

„Bitte, mein Herr!" Wie er aufschaut, hat er die Brücke hinter und eine alte rungzlige Frau vor sich. Die drückt ihm ein rotes Zettelchen in die Hand. Große schwarze Buchstaben schreien ihn an: Wo amüsiert sich Kapitän und Matrose? Im Restaurant zum Walfisch!!

In diesem Augenblick scheint's Matthias, als überflute ihn eine schier überirdische Helle. Ein großer Gedanke zündet tausend Kerzen in ihm an. Da hat er in Büchern geforscht, Tod und Teufel antelephoniert, jeden Fixiten wegen der Länge einer mittelgroßen Kohlenzille verhört — und in den Hafenkneipen ringsum sitzen Dutzende Schiffer, hocken Sachverständige, von denen jeder einzelne genaue Auskunft geben konnte. Matthias! Matthias! —

Seine Beine sind in flotte Gangart geraten. Zielklar und leicht, als sei ihm eine Wirbe genommen, streben sie der Hafenstraße entlang, dem „Walfisch" zuzugehen.

Das Restaurant zum Walfisch ist keineswegs ein vornehmes Etablissement. Als Matthias eintritt, bemerkt er vor allem, daß im Hintergrunde des Lokals auf einem Podium eine Reihe geschminkter Damen unter wüster Klavierbegleitung singen und die Beine zeigen. Die nackten halbentblößten Busen leuchten durch den Raum, soweit das der Qualm gestattet, der von zahlreichen Tabakspfeifen ausgeht. Draußen an der Kaimauer schläft der schwere Kettendampfer. Er muß viel fremdes Schiffsvolk mit stromauf geschleppt haben, denn Kerle mit fremdartigem Wesen bevölkern das Lokal. Wenn einer aufsteht, sieht man den Kopf gleichsam körperlos über Tabakskschwaden schwimmen.

Matthias hat sich an einem der vordersten Tische niedergelassen, um der Tür möglichst nahe zu sein. Ihm gegenüber sitzen zwei braune, kantige Burschen. In den Ohren des einen hängen bleifarbene Ringe. Die Augen sind begeistert dem Podium zugewendet. Dort haben die Mädchen eben ein Couplet beendet, das zwar von keinem unserer größten Dichter stammt, aber den dröhnenden Beifall des Lokals findet. Der mit den Ohrringen applaudiert sich den braunen Past von den Händen und taucht dann befriedigt, tief und lange in seinem Bierkrug unter. Wie er endlich wieder an die Oberfläche kommt, vernimmt er am seinem Ohr die Worte: „Können Sie mir vielleicht sagen, Herr Steuermann, wie lang eine mittelgroße Kohlenzille ist?"

Der Schiffer schaut verblüfft zur Seite, sieht den bebrillten Herrn stumpf an und kehrt sich seinen Kameraden zu. „Wat seggt hei?"

„Hei wull dir verkohlen, Jan!"

In Jans stumpfen Augen flackert ein Feuerchen. Er wendet sich dem bebrillten Herrn zu und ergreift das Bierglas. „Du wullt mir verkohlen?? Dat ick dir nich man den Pott up dim Kopp setten tu, min Jung!!" Auch seine weiteren Aeußerungen eröffnen tiefe Einblicke in eine gemütätige Seele. Der barbarische Duft rohen Beefsteaks geht von dem Gesellen aus, vermischt sich mit dem Pfeifenqualm und wiegt über dem Tisch.

Matthias beschäftigt sich betroffen mit seinem Bier. Es ist ihm ein Trost, daß er in der Nähe der Tür sitzt. Innere Stimmen flüstern ihm zu, daß er wieder mal etwas verkehrt angefangen. Er erinnert sich, daß Berichterstatter Schneller in den Kutscherkneipen — in denen dieser Mann seine Informationen über Straßenereignisse bezieht — nicht mit Getrage, sondern mit Spendieren beginnt; seine besten Informationen sind immer reichlich mit Alkohol getauft. Wohl, wohl, denkt Matthias, alsdann mit Alkohol. Aber nicht hier im „Walfisch". Hier hat man ihm zunächst mal die Hand verdorben. Und was die Mädchen jetzt zu treiben beginnen, ist auch nicht schön. Sie sind vom Podium zur Erde herniedergestiegen, verkaufen Ansichtspostkarten, schauteln auf den Knien der Schiffsleute, lassen sich in Arme und Waden kneifen. . . .

(Forts. folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

In eigener Sache. Auf wiederholte Beschwerden, daß die Straßenverkäufer zuweilen höhere Preise als 10 Pf. für das Exemplar der Republik fordern, weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß den Händlern dieses untersagt ist. Wie ja auch am Kopf der Zeitung angegeben, dürfen im Straßenhandel für eine Nummer nur 10 Pf. gefordert werden.

Allgemeine Beamtenversammlung mit Rednern aller Parteien. Zur Aufklärung der in Wilhelmshaven-Rüstringen ansässigen Beamtenschaft über die bevorstehende Wahl zur Nationalversammlung hatte der Reichsbeamtenausschuß im Gebiete der Marinestation der Nordsee gestern abend im Friedrichshof einen „Politischen Abend" für die gesamte Beamtenschaft nebst ihren Angehörigen veranstaltet. Es sprachen 20—30 Minuten in der durch Los bestimmten Reihenfolge je ein Vertreter der Christlich-nationalen Volkspartei (Zentrum), der Deutschdemokratischen Volkspartei, der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-nationalen Volkspartei. Diese Redner entwickelten unter ganz besonderer Berücksichtigung der die Beamtenschaft hauptsächlich interessierenden Fragen der lebenslänglichen Anstellung, der Ruhegehaltsgewährung und der Hinterbliebenen-Fürsorge die Programme ihrer Parteien. Nach der Darlegung der Redner beantworteten diese teils sofort, teils in ihrem Schlußworte die zahlreich an sie gestellten Anfragen. Für die Sozialdemokratische Partei sprach Gewerkschaftsbeamter Genosse Walk.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützung erfolgt für die **Buchstaben A—K morgen Donnerstag, für die Buchstaben L—Z am Freitag, vormittags von 8½—1 Uhr, bei der Stadtkämmerei-Hauptkasse im Rathause Bismarckstraße 168.**

Zur Fischversorgung. Nachdem die der Freiwilligen Kriegshilfe gehörigen vier englischen Prisendampfer bis zum 10. Jan. an England zurückgegeben werden mußten, werden nach Anordnung des Reichs-Marine-Amts dafür mehrere Marine-Vorpostendampfer eingestellt, damit die Fischversorgung sicher gestellt werden soll. Leider haben die Umbauten auf der Reichswerft derartige Verzögerungen erlitten, daß vor drei Tagen erst der erste fertiggestellte Dampfer Margarete in See gehen konnte. Durch diese Umbauverzögerungen wird bedauerlicherweise eine Stockung der notwendigen Fischversorgung der von hier aus zu beliefernden Städte Wilhelmshaven-Rüstringen, Bremen und Hannover von ca. 3—4 Wochen eintreten.

Die Badeanstalt an der Oldeoogestraße verabfolgte im Monat Dezember an Wannenbäder 2584 gegen 3367 im gleichen Monate des Vorjahres. Weiter wurden abgegeben: 111 (87) Dampfbäder, 24 (30) Fichtennadelbäder, 34 (18) Glühlichtbäder, 10 (16) Schwefelbäder, — (594) Brausebäder, 14 (28) farad. Bäder, 30 (21) el. Wasserbäder, — (33) Eichenlohebäder, 1 (4) Kohlensäurebäder, 6 (—) Sauerstoffbäder, 1 (—) Seesalzbäder, 5 (—) Bogenlichtbäder, 21 (2) Ganzmassagen, 12 (7) Teilmassagen, 3 (—) Strahlduschen. — Der Rückgang der Inanspruchnahme der Badeanstalt ist auf die Mängel zurückzuführen, die in der Anstalt noch immer herrschen und die trotz nachhaltigster und tatkräftiger Bemühungen der Verwaltung infolge Versagens der in Anspruch genommenen Spezialfabrik noch immer nicht haben behoben werden können.

Wilhelmshaven, 15. Januar.

Englische Schiffe. Die gegenwärtig hier weilende Ententekommission befindet sich auf den beiden auf Reede liegenden Schiffen, dem Kreuzer Comans und dem Zerstörer G 30. Ferner ist noch eine amerikanische Jacht auf der Reede angelangt.

Oldenburg, 15. Januar.

Vorgänge im A.- und S.-Rat Oldenburg, die dringend der Aufklärung bedürfen, werden in den N. f. St. u. L. wie folgt dargestellt: In einer langen Sitzung des A.- und S.-Rats, der später verschiedene Mitglieder der Stadtvertretung mit Oberbürgermeister Tappenbeck und anderen Herren anwohnten, wurde zuerst der Wucherkommission Vollzugsgewalt verliehen. Sie kann bis zu 10 000 Mark Strafe verhängen. Dann beschloß man die Bildung eines Zentral-A.- und S.-Rats für das Herzogtum Oldenburg. Ein Ausschuß wurde mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Oldenburg betraut, desgl. mit der Vorbereitung eines Wahlgesetzes für die oldenburgische verfassunggebende Versammlung und für die Neugestaltung der Gemeindeordnung. Der A.- und S.-Rat, der die bisherigen Maßregeln zur Verteidigung der Stadt und des Landes beschloß und das Garnisonkommando (Generalmajor Siegener) mit der Ausführung beauftragte, wird auch eine Volkswehr bilden, die hier und im ganzen Lande mit der Garnison und der 5—600 Mann starken Unteroffiziertruppe die Verteidigung in die Hand nimmt. Der militärpolitischen Kommission des A.- und S.-Rats, die dem Generalmajor zur Seite steht, gehören Oberleutnant Ranke, Offz.-Stellv. Große, Vizefeldwebel Hofeldt, Vizewachtmstr. Schulz und Sergeant Hoopts an. — Weiter will man daran gehen, aus den verschiedenen Räten einen Volksrat zu bilden und daraus Volksbeauftragte wählen, die den Fachministern an die Seite gesetzt werden.

Vermuten muß man, daß im A.- und S.-Rat Bestrebungen vorhanden sind, den Freistaat Oldenburg von der recht willkürlichen Verbindung mit Ostfriesland zu lösen, wo man von einer Republik Oldenburg-Ostfriesland auch nichts wissen will. Man will offenbar dem Freistaat Oldenburg nach außen und innen eine klar umrissene Gestalt und ein inneres festes Gefüge geben, ohne Ostfriesland aus Oldenburg einen selbständigen Bundesstaat innerhalb der großen deutschen Republik machen. Die nächsten Tage werden Klarheit darüber bringen.

Aus Oldenburg wird uns unterm 14. noch gemeldet: **Eine Versammlung sämtlicher Volks- und Soldatenräte des Oldenburger Landes beschloß heute die Gründung eines Zentralrates, zu dem je ein Mitglied des Volks- und Soldatenrates aus jedem Amte delegiert wird.**

b. **Eine Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten** und ehemaligen Kriegsteilnehmer wurde hier ins Leben gerufen. Etwa 100 Kriegsbeschädigte hatten sich im Gewerkschaftshause auf Einladung eingefunden. Nach einem instruktiven Vortrag des Herrn Silberberg-Rüstringen beschloß man einstimmig die Gründung einer Ortsgruppe.

-e. **Festgenommen** wurden auf dem Bahnhof Oldenburg zwei jugendliche Burschen, die in Bremen mehrere Tausend Mark mittels Einbruchs entwendet haben.

-e. **Arbeitsscheue** junge Mädchen treiben sich hier seit Wochen herum. Sie knüpfen namentlich mit Soldaten Beziehungen an, führen auf deren Kosten ein vergnügliches Leben und scheuen sich auch nicht, sie gehörig zu bestehlen. Eins von ihnen, das einem Soldaten eine Brieftasche mit mehr als 100 Mark entwendet hat, konnte dingfest gemacht werden.

-e **Schülervorstellungen,** unter möglichster Berücksichtigung klassischer Stücke, sollen wieder im Theater gegeben werden. Als erste ist die Aufführung von Schillers Wilhelm Tell für den 20. d. M. in Aussicht genommen.

Sande. Achtung, Wähler von Sande und Umgegend! Am Freitag den 17. Januar, abends 7 Uhr, findet eine öffentliche sozialdemokratische Versammlung im Lokale des Herrn Rohlfs statt. Referent: Redakteur Hünlich-Rüstringen.

Varel. Ein Handstreich der U. S. P. Eine Anzahl Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins drängten zu einer Vereinsversammlung, die gestern abend stattfand. In dieser Versammlung sollte über die Vorgänge, die zur Aufstellung einer eigenen Liste der Unabhängigen sozialistischen Partei führte, gesprochen werden. Gleich nach Eröffnung der Versammlung wurde beantragt, auf die Tagesordnung zu setzen als erster Punkt: Spaltung der sozialdemokratischen Partei. Dieser Ueberfall war erwartet worden. Der Vorstand hatte daher den Genossen Hug kommen lassen, um den Standpunkt der alten sozialdemokratischen Partei zu vertreten, die Mitglieder, die mit den Unabhängigen sympatiesierten, den unabhängigen Agitator Thomas vom Wilhelmshavener Soldatenrat. Die Anwesenheit des Genossen Hug war den Mitgliedern, die den Verein in das unabhängige Lager führen wollten, so unbequem, daß sie versuchten, ihn nicht zu Wort kommen zu lassen. Das mißlang. In einer etwa ¾stündigen Rede suchte er die gegen die Vertreter der alten sozialdemokratischen Partei gerichteten Vorwürfe zu entkräften, was ihm auch gelang und mahnte zur Vernunft. Eine Spaltung und die daraus entstehenden Kämpfe kämen doch nur den bürgerlichen Parteien zu gute. Später sprach Thomas 1½ Stunden lang gegen die alte Partei. Er nahm nicht Rücksicht auf die eingetragenen Redner und die Versammlung. Sein Vortrag war ein mit unerreichbarer Ueberhebung vorgetragenes Machwerk von Uebertreibungen, Bosheiten und Verleumdungen der bekannten Vertreter unsrer Partei, vornehmlich Ebert, Scheidemann und Noske. Da es auf die zwölfte Stunde ging, gab Genosse Hug nur eine kurze Erwiderung und stellte die unwahre Darstellung der angeblichen Beteiligung der Genossen Hug und Meyer an dem Vorgehen der Berufssoldaten richtig. Da ein Antrag nicht gestellt war und der Vorstand der richtigen Auffassung war, daß über eine Verschmelzung des sozialdemokratischen Wahlvereins mit den Unabhängigen nicht abgestimmt werden könne, jedermann aber das Recht habe, der unabhängigen Partei sich anzuschließen, so schloß der Vorsitzende die Aussprache und die Versammlung. Da die Parteizerstörer dadurch um den Genuß der Abstimmung über einen gedachten Antrag gekommen waren, veranlaßten sie einen Tumult, dem sich die der Partei treu gebliebenen Mitglieder durch ihren Weggang entzogen. Die Parteispaltung ist also auch in Varel dem Demagogen Thomas gelungen. **Die alte Partei wird aber wieder guten Mutes von vorne anfangen und sei auf die Aufforderung des Vorstandes im Inseratenteil hingewiesen.**

Delmenhorst. Der neue Lohnvertrag. In der Demonstrationsversammlung am Marktplatz am 9. Januar wurden folgende Forderungen an die Arbeitgeber von den Arbeiterräten der Delmenhorster Betriebe vorgeschlagen und von der Massenversammlung einstimmig beschlossen: Lohnforderung für 14—16jährige Arbeiter Mk. 0,80, für 16—18jährige Mk. 1,—, für 18—20jährige Mk. 1,20, für 20—25jährige Mk. 1,35, über 25jährige Arbeiter Mk. 1,50 pro Stunde, alle Verheirateten ohne Rücksicht des Alters Mk. 1,50, angelernte Arbeiter Mk. 1,80, Facharbeiter Mk. 2,10 pro Stunde; weibliche Arbeiter ⅔ der obigen Sätze. Lehrlinge erhalten im ersten Jahr Mk. 0,30, im zweiten Jahr Mk. 0,45, im dritten 0,75 und im vierten Jahre Mk. 1,— pro Stunde. Soweit höhere Löhne bestehen, bleiben dieselben unberührt. Diese Lohnsätze beginnen mit dem 9. Januar 1919 und gelten für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, außer den Notstandsarbeitern. Der 9. Januar wird als Arbeitstag bezahlt. Die Arbeitgeber werden verpflichtet, soviel als möglich erwerbslose Arbeiter in ihren Betrieben zu beschäftigen. Eine vom Volks- und Soldatenrat zu wählende Kommission wird die Einstellungen von Arbeitern kontrollieren. — Nach längeren Verhandlungen war ein Weiterberaten unmöglich geworden. Die Arbeitgeber erklärten: „Unter Protest fügen wir uns dem Zwang der Verhältnisse."

†† **Emden. Einbrüche.** In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wurde bei den Gemüsebauern Geschw. Wilberts an der Stiefelstraße Nr. 17 ein Einbruchsdiebstahl verübt, wobei die Täter u. a. auch ein Sparkassenbuch mit einem Guthaben von 4000 Mark erbeuteten. — Bei dem an der Boltentorstraße wohnenden P. wurde ebenfalls ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt, wobei den Dieben eine noch nicht näher anzugebende Beute in die Hände fiel. In beiden Fällen sind die Spitzbuben unerkannt entkommen und fehlte auch jede Spur von ihnen.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein: 55,50 Mk. als Ueberschuß von einem Kränzchen der Arbeiter und Arbeiterinnen vom Verpflegungsamt. — 0,60 Mk. von Z, 1,05 Mk. von G., 10,— Mk. von K.

Parteisekretariat Rüstringen-Wilhelmshaven.

Anzeigenteil für Stadt und Amt Oldenburg.

Verlag Haarenstraße 33. Telefon 1457.

Bekanntmachung.

Für die seit dem 1. November 1918 entlassenen

geschlechtskranken Soldaten

ist im Lazarett „Abt. Grünerhof" eine Sprechstunde eingerichtet. Die Leute werden dortselbst unentgeltlich ambulant behandelt. Die Sprechstunde beginnt morgens um 9 Uhr; die Behandlung ist vertraulich. Als Ausweis dienen die Entlassungspapiere.

Der Garnisonälteste — **Der Soldatenrat**
A. B.: von Loesen. — Martens.

Für die Instandsetzung der Wege und Straßen in der Ortsgemeinde Osternburg wird auf sofort ein

Aufseher,

der orts-, bzw. gemeindeansässig sein muß, gesucht.
Derselbe muß etwas Fachkenntnisse besitzen und kleinere Arbeiten selbst ausführen.
Kriegsinvaliden erhalten den Vorzug.
Meldungen im **Hauptarbeitsnachweis Steinweg 14.**

Herren-Bekleidung

Herren-Anzüge
Herren-Paletots
Herren-Joppen
Herren-Hosen

Nur allerbeste Ware!

M. Schulmann,

38 Achternstraße 38

Lungen- und Halskranke! Verlangen Sie kostenfrei ausführliche ärztliche Broschüre über Heilverfahren ohne Berufsstörung.
Dr. Gebhardt & Cie.
Berlin 35, Potsdamer Str. 104c.

Gemeinde Osternburg

Es finden folgende Ausgaben statt:

Nußkohlen

bei der Harmonie, Sandstraße, am Freitag, den 17. d. M., vormitt. von 8 bis 11 Uhr und nachm. von 2 bis 5 Uhr. Gutscheinausgabe erfolgt gegen Abgabe von Brennstoffkarten in der „Harmonie".

Wurzeln

(Speise- u. Futterwurzeln) ab Bahnhof Osternburg am Sonnabend, den 18. d. M., vorm von 8 bis 11 Uhr und nachm. von 2 bis 5 Uhr. Gutscheinausgabe bei Hullmann. Bemerkt wird, daß dies vorläufig die letzte Ausgabe sein wird. Decke sich darum jeder ein. Rote Wurzeln Ztr. 12 Mk., Futterwurzeln Ztr. 8 Mk. Abgabe in jeder Menge.

Honig

i. Karten-Ausgabebureau, Bremer Straße 28, am Sonnabend, den 18. d. M. vorm. von 8 bis 12 Uhr für die Buchstaben A—M, nachm. von 3 bis 6 Uhr für die Buchstaben N—Z. Die Ausgabe erfolgt nur an Personen über 70 Jahre. Die Warenzusatzkarte für diese Personen und die Lebensmittelscheine sind vorzulegen. Gutscheinausgabe im Karten-Ausgabe-Bureau.

Holz und Torf

hat die Gemeinde in größeren Mengen abzugeben. Anfuhr frei vors Haus. Meldungen werden vom 20. bis 24. d. M., vorm. von 9 bis 12 Uhr und nachm. von 2 bis 5 Uhr im Karten-Ausgabebureau entgegengenommen. Proben liegen dort aus.

Rosenbohm.

Gesucht werden:

1 Stenotypist,
Schmiede,
Stellmacher,
2 Uhrmacher,
1 Polsterer, der selbständ. arbeitet,
6 Schuhmacher,
1 Maurerpolier.

Fachabteilung für:

1. **Kaufleute und Bureaupersonal**
2. **Holzarbeiter,** abends 5—5.30 Uhr.
3. **Schneider,** mittags 12.30—1 Uhr.

Kostenlose Stellenvermittelung.

Hauptarbeitsnachweis Steinweg 14.

Geöffnet: 8.30—1 Uhr und 3.30—5.30 Uhr.

Oldenbg. Theater.

Donnerstag, d. 16. Jan. Gastspiel d. Frl. L. Duval **Die Ratten.** Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 17. Jan., **Die Czardasfürstin.** Anfang 7½ Uhr.

Sonnabend, d. 19. Jan. Gastspiel des Herrn W. Ruhtisch. Neuheit! Zum ersten Male! **Schwarzwaldmädel.** Operette. Anf. 7½ Uhr.

Sonntag, den 19. Jan. Nachmittags-Vorstellung Unbestimmt.

Abend-Vorstellung Gastspiel des Herrn W. Ruhtisch. **Schwarzwaldmädel.** Anfang 7 Uhr.

Pferde-Verkauf.

Donnerstag, den 16. Januar u. Freitag, den 17. Januar,
vormittags 9 Uhr
auf dem Pferdemarktplatz in Oldenburg. Es kommen an diesen Tagen

je ca.

150 Truppenpferde

leichteren und schweren Schlages zu den bisher bekanntgegebenen Bedingungen zum Verkauf. **Außer den ausgegebenen Pferdekarten ist künftig noch ein von den zuständigen Amtsstellen ausgestellter Ausweis über die Vermögens-Verhältnisse sowie über die Anzahl der im Besitz des Interessenten befindlichen Pferde erforderlich.** Inhaber von Kriegsanleihestücken müssen den Nachweis erbringen, daß sie die Stücke selbst erworben haben. Händler sind vom Kauf ausgeschlossen. Halfter und Stricke sind vom Käufer mitzubringen.

J. A. des Garnisonkommandos:
Die Pferdeverkaufskommission
Brauer. Thiele.

Eilers Restaurant.

Täglich Konzert!

Nachm. von 4—7 Uhr.
Abends von 8—11 Uhr.

Gesucht auf sofort

Zeitungs-Austrägerinnen.

Zu melden Verlag der „Republik" Haarenstraße 33.

Sozialdemokratische Partei.

Oeffentliche Volks-Versammlungen

am Donnerstag, d. 16. Januar,
Petersfehn, 7 Uhr bei Schmidt.
Sandkrug, Streckermoor, 5 Uhr bei Willers.
am Freitag, den 17. Januar,
Warmbeck, 7.30 Uhr in Hesterkrug bei Hemjeoltmanns.
am Sonnabend, den 18. Januar,
Bloherfelde, 8 Uhr bei Schild.

Sozialdemokr. Wahlverein Eversten.

Freitag, den 17. Januar, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung
bei Karl Behrends.

Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Dentist Ostermayer
Oldenburg,
Peterstrasse 45 — — Telefon 1665

Landesbibliothek Oldenburg